

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs- Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
janzährig 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich (rüh)

6. Jahrgang.

Mittwoch, 17. November 1926.

Nr. 268.

Für wen spricht Herr Bozenilef?

Der neue Präsident des Bodenamtes, Dr. Bozenilef, hat vorige Woche im Budgetausschuss über die bisherigen Ergebnisse der Bodenreform referiert. Seine Ausführungen sind deshalb bemerkenswert, weil sie die erste amtliche Darstellung über die nationalpolitische Seite der tschechoslowakischen Agrarreform enthalten. Sie stellen den Versuch einer Beweisführung dar, daß das Bodenamt seine verflochtene Tätigkeit ohne Rücksicht auf nationale Momente entfaltet hat und daß es auch den Ansprüchen der deutschen Bevölkerung in objektiver Weise gerecht zu werden vermag.

Angesichts des gehäuften Beweismaterials über den parteiischen und chauvinistischen Mißbrauch der Bodenreform muß dem Staatsfunktionär, der dieses Thema in der angelegentlichsten Weise zu behandeln wagte, ein erstaunliches Maß von Kühnheit zugebilligt werden, welche nur überboten wird durch die läugerische Frechheit des deutschgeschriebenen Regierungsdokuments, das in seinem Bericht über Bodenamtsausführungen behauptet: „Das Bodenamt habe in allen Teilen des Staates ohne Rücksicht auf die Nationalität die Bodenzuteilung für Kommunalzwecke unterstellt.“ Selbst ein Blatt, dessen einziger Tageszweck die Durchführung der in- und ausländischen Öffentlichkeit ist, hätte bedenken müssen, daß diese Behauptung bei allen Eingeweihten, so wie bei der ganzen deutschen Bevölkerung ein einmütiges Nüchternheitslächeln hervorrufen muß.

Sehen wir uns einmal die „Beweise“ über die nationale Bodenamts-Gerechtigkeit an. Sage und Schreibe acht „deutsche und gemischtsprachige“ Gemeinden konnte Herr Bozenilef anführen, die bei der Bodenzuteilung berücksichtigt worden sind. Außerdem haben die deutschen Bewerber erhalten „auf 4000 Hektar Baugründe, gegen“ 10.000 Hektar durch direkten Abverkauf, „ungefähr“ 40.000 Hektar durch käufliche Erwerbung landwirtschaftlicher Pachgründe und schließlich weitere 15.000 Hektar im Zuteilungsverfahren. Nach diesen Angaben kommt der Präsident des Bodenamtes zum Schluß, „daß im ganzen anmittlere (?) Bodenwerbende deutscher Nationalität gegen 70.000 Hektar des beschlagnahmten Bodens übergegangen sind“. Vorausgesetzt, daß die angeführten Ziffern auch tatsächlich stimmen — die vorläufigen Einschränkungen wie „an“, „gegen“ und „ungefähr“ lassen vermuten, daß sie nicht stimmen — so sind sie kein Pflöckchen für die nationale Gerechtigkeit, sondern vielmehr ein durchschlagender Beweis für das chauvinistische Unrecht der Bodenreform. Hat doch Bozenilef selbst in seinem Referate festgestellt, daß im Zuge der Bodenreform bisher 1.089.000 Hektar an neue Eigentümer übergeben wurden. Demnach haben die Deutschen, die fast ein Viertel der Gesamtbevölkerung der Tschechoslowakei zusammensetzen, kaum ein Fünftel des übergebenen Bodens erhalten. Die paar Broden, die einigen deutschen Gemeinden hingeworfen werden und deren Kleinheit der Berichterstatter gar nicht anzugeben wagte, dürften an diesem Verhältnis nur wenig ändern. Herr Bozenilef mag selbst eingesehen haben, daß auch die unant- Werte und daher naturgemäß unrichtige Bodenamtsstatistik als Anklägerin gegen die Bodenamtsdiätetik austritt und er nahm daher — um das geschehene schwere Unrecht insoweit drittlich zu verhalten — zu der Andeutung keine Lust, „daß das deutsche und gemischtsprachige Gebiet fast ausschließlich industriellen Charakter und verhältnismäßig weniger qualifizierte Bewerber hat als das tschechische Gebiet“. Das ist eben unrichtig, wie die spätere Behandlung des Referates, in der die Kolonisation nur in jenen Bezirken durchgeführt wird, wo Ueberfluß an beschlagnahmtem Boden und Mangel an angeeigneten Bewerbern herrscht. In hunderten Fällen könnte dem Bodenamt der Gegenbeweis geführt werden, der Beweis,

Die Mehrheit für das Streit-Ende gesichert?

London, 16. November. (Reuter.) Den Berichten aus den einzelnen Kohlenbezirken zufolge ist die Verlegung des Kohlenkonfliktes bereits gesichert.

Die Beden von Schottland, Northumberland, Yorkshire, Lancashire und Südwales haben sich für die Annahme der Bedingungen der Regierung ausgesprochen. Die Summe dieser Stimmen genügt, um bei dem Abstimmungsresultat den Ausschlag zu geben.

In einigen Bezirken von Südwales herrschte ein solcher Andrang zur Arbeit, daß die Aufnahmsbeamten vor den Zutretern die Bewerber in Front stellen mußten.

Neuwahlen in Ungarn.

Einberufung der neuen Kammern auf den 25. Jänner.

Budapest, 16. November. (M.Z.) In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung wurde ein Handschreiben des Reichsverweisers verlesen, mit welchem die Beratungen der seit 16. Juni 1922 tagenden Nationalversammlung als beendet erklärt werden und die Nationalversammlung aufgelöst wird. Da die Nationalversammlung, heißt es in dem Handschreiben, im Geiste der anstandslos verlassenen durch Schaffung des Gesetzes über das Oberhaus das Zweikammerstystem wiederaufleben ließ, werden beide Häuser des neuen Reichstages auf den 25. Jänner 1927 nach Budapest einberufen.

Die Sozialdemokraten, die schon vor Einberufung in die Tagesordnung das Wort ergriffen wollten, hiesu jedoch die Erlaubnis vom Hause nicht erhalten, beschränkten sich die Verlesung des Handschreibens des Reichsverweisers mit stürmischen Ausrufen, wobei sie das allgemeine gleiche Wahlrecht hochleben ließen. Nach Verlesung des Handschreibens hielt der Präsident der Nationalversammlung eine kurze Ansprache, in welcher er betonte, daß das Leben der ungarischen Nation an einem historischen

Wendepunkt angelangt sei. Er warte einen Rückblick auf die fast siebenjährige Ära der Nationalversammlung, der die Aufgabe der Wiederaufrichtung des auf ein Drittel zusammenschmolzenen Landes zu gefallen sei.

Leere Versprechungen.

Budapest, 16. November. (M.Z.) Einer bei ihm vorsprechenden sozialistischen Deputation gegenüber erklärte Minister des Innern Szilvassy, daß er die Vereins- und Versammlungsfreiheit auf das liberalste (?) behandeln werde.

Die ersten Wahlanrufe.

Budapest, 16. November. Raum vor dem Ausschusspräsidenten des Reichsverweisers in der Nationalversammlung verlesen worden, als in den Straßen von Budapest die ersten Wahlanrufe angeschlagen wurden. Sie sind vom gemeinsamen Finanzminister Dr. Kallay unterzeichnet und fordern die Bürgerschaft von Budapest auf, sich unter der Fahne des Grafen Bethlen zu rallieren.

Die polnische Presseverordnung wird aufgehoben.

Warschau, 16. November. Der Reichsausschuss des Sejm nahm einen Gesetzesentwurf an, durch welchen das Präsidialdekret vom 4. November, betreffend neue Strafen für Pressevergehen aufgehoben wird. In die Debatte griff kein Regierungsvertreter ein und die Regierung überließ ohne das Dekret zu vertreten, dem Sejmatschluß vollkommen die Entscheidung.

Steuerrückzahlungen in Amerika.

New York, 15. November. Schatzsekretär Mellon erklärte, daß den Steuerzahlern bei der nächstjährigen Einkommensteuerzahlung mindestens 15 Prozent statt der bisher vorgesehenen 12,5 Prozent des Betrages angerechnet werden soll, den sie im letzten Jahre gezahlt haben, da der Budgetüberschuß voraussichtlich über 300 Millionen betragen werde.

daß vollkommen qualifizierte deutsche Bewerber ohne jede Begründung zugunsten nichtqualifizierter ortsfremder Bewerber übergeben wurden, der Beweis, daß auch um die zur Kolonisation bestimmten Objekte ausreichende Bewerbungen Anwesiger vorhanden waren, der Beweis schließlich, daß deutsche Gemeinden selbst zu gemeinnützigen Zwecken eine Bodenzuteilung verweigert wurde, weil in erster Linie die Ansprüche der Tschechisierungsbewerber berücksichtigt worden sind. Wenn das Bodenamt keine dunklen Mächenschaften zu verborgen hätte, warum hat es dann in deutschen Gebieten fast nirgends ein ordnungsmäßiges Zuteilungsverfahren ausgeschrieben, nirgends die in seinen eigenen Richtlinien vorgesehenen Orts- und Distriktsberatungsausschüsse installiert?

Der Bodenamtsleiter könnte seine Reden und die Regierungspresse ihre Drucker-schwärze ersparen, wenn der ernste Wunsch vorhanden sein sollte, die Reichsden der tschechoslowakischen Agrarreform zu rechtfertigen. Man übergebe die Sache einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss, dessen Einsetzung schon durch die Skandalaffäre Dr. Eisler-Koburg genügend motiviert wäre! Dort möge überprüft werden, nach welchen Gesichtspunkten die Auswahl der kleinen Bewerber, die Berücksichtigung der Gemeinden und die Vergabeung der Restgüter erfolgt ist. Den Verantwortlichen, die schon so oft von deutscher wie von tschechischer Seite unter schwere Anklage gestellt wurden, hätten da die beste Gelegenheit ihr reines Gewissen zu zeigen und sich vor der Öffentlichkeit plänzlich zu rehabilitieren. Wir fürchten sehr, daß dieser sehr naheliegende Vorschlag bei den Beteiligten keine Begeisterung hervor-

rufen wird und daß sie sich lieber allen Schreien der Hölle aussetzen würden, als einer parlamentarischen Untersuchung der Bodenkorruption.

Es bleibt nun noch die eine Frage zu klären: Für wen hat Dr. Bozenilef eigentlich gesprochen? Wenn auch das Bodenamt nur mittelbar dem Einfluß der Regierung unterstellt ist, so bleibt doch die Tatsache aufrecht, daß das Referat seines Vorsitzenden im Budgetausschusse eine Regierungshandlung war, für die auch die deutschen Regierungsparteien verantwortlich sind. Sind auch die Landbändler, die Christlichsozialen und die Gewerbetreibenden der Ansicht des Herrn Bozenilef, daß die Bodenreform den deutschen Gemeinden gebührend berücksichtigt wurden und daß die angelegte Zuteilung von 70.000 Hektar die berechtigten Ansprüche der deutschen Bewerber erfüllt hat? Herr Bierhut, der — wenn wir nicht irren — noch immer Vorsitzender des Bodenreformsausschusses der deutschen Selbstverwaltungskörper ist, war ja seinerzeit anderer Meinung. Hat seine Wahl zum Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses aus dem Zank des einen Paulus gemacht? Jedenfalls ist es unverständlich und unentscheidbar, daß die deutschen Regierungsparteien eine der Wahrheit ins Gesicht schlagende Regierungsdarstellung über die Bodenreform geduldet haben. Die Bevölkerung, vor allem die hintergegangenen deutschen Bodenbewerber und die brutal verflochtenen Landarbeiter und Güterbeamten werden zur Kenntnis nehmen, daß sie von nun an die Regierungsgewalt als, Wirtschaftliche an den zahllosen Rechtsbrüchen und Vergewaltigungen, die den Weg der Bodenreform bezeichnen, zu betrachten haben.

Kapitalistische Steuerreform.

Mit Ausnahme der Jahre 1919 und 1920 hatten wir seit Bestehen der Tschechoslowakei kein Jahr einer ausgesprochenen Konjunktur. In den Jahren 1921 bis 1924 hatten wir die schwerste Krise zu bestehen, die es seit Bestehen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung auf tschechenländischem Boden gegeben hat und dem kurzen Aufschwung des Jahres 1925 ist im heurigen Frühjahr schon eine neuerliche Verschärfung der Wirtschaftskrise, ein abermaliges Ansteigen der Arbeitslosigkeit, vermehrte Kurzarbeit, gefolgt. Diese friedhafte Gestaltung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse steht gewiß in engstem Zusammenhang mit den Wandlungen der Weltwirtschaft, dem Aufschwung der überseeischen Industrieländer, der Schwächung der Produktivkräfte Europas infolge Weltkriegs und wirtschaftlicher Krisen, aber daß die tschechoslowakische Krise der Wirtschaft weit über das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise hinausgesteigert wurde, verdanken wir der verhängnisvollen kapitalistischen Wirtschaftspolitik, der Absperrung der Tschechoslowakei von den ausländischen Märkten, wie sie in den ersten Jahren nach dem Kriege als Gipfelpunkt nationalstaatlicher Beschränkung betrachtet wurde, der alle Produkte der Landwirtschaft und Industrie verteuerten, den Posten und endlich der staatlichen Steuerpolitik, die um der Bedeckung unproduktiver Ausgaben willen den Staatsbürger stärker belastete, als es seiner Lebenshaltung und der Zukunft der Wirtschaft zuträglich war.

In allen Völkern bringt im Durchschnitt der Jahre 1911 bis 1913 die steuerliche Belastung der Bevölkerung (staatliche Steuern und Lasten der Selbstverwaltungskörper) pro Kopf 75 Kronen, in der Tschechoslowakischen Republik 1922 jedoch 888 Ks, also elfenhalb mehr, während das Einkommen der arbeitenden Klassen höchstens das Fünftel bis Sechstel betrug, der Währungsabwertung nur das Zweifache und selbst dem Preisindex das Neunfache entsprechen würde. Dabei sei gleich bemerkt, daß die Staatssteuern viel mehr steigen sind als die Lasten der Selbstverwaltung. Die einkommen von 6 u. K 56,76 auf Ks 749,50, die letzten von 6 u. K 18,37 auf Ks 138,50. Obwohl der Finanzminister schon des Öfteren von der schlechten Wirtschaft der Gemeinden und Bezirke gesprochen hat, sind die Staatslasten 137-mal, die autonomen Lasten aber nur 7-mal so groß als vor dem Kriege. Das nun nebenbei.

Nunmehr mehr dümmerte nun die Erkenntnis auf, daß die Staatslasten nicht so hoch sein dürfen, falls die Krise der Wirtschaft des Landes nicht zur Katastrophe gesteigert werden, der Ruf nach Abschaffung der Steuerlast wurde immer lauter. Das tschechische Bürgertum suchte seinen besten Nationalökonom in Finanzministeramt und beauftragte ihn den Abbau der Staatssteuern durchzuführen. Finanzminister Dr. Engliš löst nun seine Aufgabe ganz im Sinne seiner bürgerlichen Auftraggeber, indem er der Öffentlichkeit eine 104 Paragraphen enthaltende Reform der direkten Steuern vorlegt. An den die arbeitende Bevölkerung unerträglich belastenden Massenverbrauchssteuern wird nicht das geringste geändert. Die Geschichte der Finanzministerdrift Engliš ist die einer ständigen Erhöhung der indirekten Steuern. Die schädlichsten aller Steuern, die Umsatzsteuer hat Engliš eingeführt, im Sommer hat er uns erst die Zucker- und Spiritussteuern erhöht, eine Erhöhung der Biersteuer soll bevorstehen. Die augenblicklich aktuelle Steuerreform sieht also nur die Herabsetzung der direkten Steuern vor, von einer Ermäßigung der indirekten Steuern ist keine Rede. Es ist eine bürgerliche, eine kapitalistische Steuerreform, in der das Streben der herrschenden Klassen wiederkehrt, alle Lasten des öffentlichen Haushaltes auf die arbeitenden Klassen zu überwälzen.

In der feudalen Gesellschaft kam dieses Streben der herrschenden Schicht dadurch zum Ausdruck, daß die Bevorcherten Irrenreie waren. Ein französischer Erzbischof charakterisierte 1641 die Steuerpolitik des Feudalismus treffend: „Der alte Brauch der Kirche während ihrer Blüte war, daß für die Bedürfnisse des Staates das Volk besteuerter keine Güter, der Adel sein Blut, die Geistlichkeit ihre Gebete. Mit dieser rechtlichen Steuerfreiheit der feudalen Stände hat die bürgerliche Revolution aufgehört und das revolutionäre Bürgertum fordert neben der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit die weltliche Beherrschung aller Klassen. „Die Angehörigen aller Klassen ha-

ben nach Maßgabe ihrer Fähigkeit zu steuern, das ist im Verhältnis zum Einkommen, das sie unter dem Schutz des Staates für ihr Einkommen beziehen." (Adam Smith). Die radikale Kleinbürgerliche Demokratie gelangte später sogar zur Forderung einer allgemeinen Einkommensteuer, die nicht bloß im Verhältnis zur Größe des Einkommens eintreitet werden soll (tadern von jedem Einkommen dasselbe Steuerzins gezahlt wird), sondern progressiv ist. (Je höheres Einkommen, desto höheres Steuerprozent.) Kennner nennt das „die höchste Steuerformel der bürgerlichen Demokratie“.

Von dieser bürgerlichen Steuertheorie — Besteuerung aller Gesellschaftsklassen — geht auch der Entwurf des Finanzministers aus. Im Motivbericht des Gesetzes wird von der Steuerpflicht aller Staatsbürger geradezu als einer moralischen Forderung gesprochen. In Wirklichkeit aber ist das Ziel der bürgerlichen Steuerpolitik innerlich der kapitalistischen Gesellschaftsordnung dasselbe wie das der feudalen Steuerpolitik früherer Jahrhunderte: Die herrschenden Klassen möglichst steuerfrei zu halten und alle Kosten des Staatshaushaltes auf die arbeitenden Klassen abwälzen. Daß hierbei die Rechtsformen andere sind als in der Feudalzeit, versteht sich von selbst.

Eines der Mittel der Steuerabwälzung des Bürgerrechts ist die Staatsschuld, deren Entstehung und Ausbildung mit der Einführung des kapitalistischen Kreditwesens verknüpft ist. Gläubiger des Staates sind die großen Finanzinstitute, welche die Staatsrenten bei den Besitzklassen unterbringen. In der Tschechoslowakei betragen nach dem Staatsvoranschlag die Zinsen der Staatsschuld etwa zwei Milliarden, die Summe der direkten Steuern ungefähr ebenso viel. Was die besitzenden Klassen dem Staate an Steuern bezahlen, erhalten sie in der Form der Zinsen der Staatsschuld auf Heller und Pfennig zurück. Gewiß gilt dies in der Tschechoslowakei mit einer kleinen Einschränkung, da ja doch ein Teil unserer Schulden auswärtige Länder sind. Aber dieser Teil ist sehr gering, einschließlich der aus den Friedensverträgen erwachsenen Schuldzinsen etwa 460 Millionen, während sich die Zinsen der inneren Staatsschuld auf rund 1850 Millionen belaufen, so daß auch diese nahezu der Summe der direkten Steuern (2077 Millionen) gleichkommen. Die 460 Millionen Zinsen der auswärtigen Staatsschuld gehen wohl nicht in die Taschen der tschechoslowakischen, wohl aber französischen, englischen und amerikanischen Bourgeoisie. So zählt sich also die Bourgeoisie die Summe der direkten Steuern gänzlich wieder zurück.

Ein anderes Mittel der Belastung der Besitzlosen ist die Einrichtung der indirekten Steuern, deren Ausbau geradezu das Wesen der Steuerpolitik des modernen Kapitalismus ist. Schien noch die Einführung der Personaleinkommensteuer im Jahre 1898 als ein Anlauf zu einer sozialen Steuerpolitik, so haben die österreichischen Finanzminister seither eine ausgesprochen arbeitserfindliche Politik gemacht. Raiz und Bilinski, Rojel und Korystowski haben die Schraube der indirekten Steuern immer schärfer angezogen, und nach dem kurzen Intermezzo der Rossinischen Vermögensabgabe von 1919 hat gerade Minister Engliš eine Steuerpolitik eingeführt, die keinerlei neue schöpferische Ideen enthält, wie die deutsch- und tschechoslowakischen Beamten des Finanzministers behaupten, sondern ganz in den alten, ausgeübten Geleisen österreichischer Finanzpolitik weiterfährt. Der bedeutendste tschechoslowakische Nationalökonom hat eben vor den Interessen des Bürgerrechts lapiniert.

Von den Steuereinnahmen der Tschechoslowakei im Jahre 1919 entfielen auf die direkten Steuern 38,8 Prozent, im Jahre 1924 aber nur 25,6 Prozent, auf die indirekten 61,2 und 74,4 Prozent. Der Anteil der direkten Steuern an der Gesamtsteuerleistung ist also in einem Jahrzehnt um 13,3 Prozent gefallen, der Anteil der indirekten Steuern um denselben Prozentsatz gestiegen. 1919 entfielen auf den Kopf der Bevölkerung an direkten Steuern Ks 56.—, 1924 Ks 156.—, an indirekten Steuern Ks 89.— und Ks 450.— Die Belastung mit direkten Steuern ist also dreimal, mit indirekten Steuern aber fünfmal so hoch! Im Budget für 1927 entfallen von den gesamten Staatseinnahmen im Betrage von nicht ganz zehn Milliarden auf die indirekten Steuern vier Milliarden, auf Einnahmen aus Zöllen und Tabak, die doch auch nicht anders wirken, denn als indirekte Steuern je eine Milliarde. Der Massenverbrauch ist also mit sechs Milliarden belastet, mehr als 60 Prozent der Staatseinnahmen beschweren die arbeitenden Klassen, die in Wahrheit den größten Teil der öffentlichen Lasten tragen. Bei diesem Stande der Dinge ermesse man die Rücksichtslosigkeit der bürgerlichen Parlamentarier, die durch ihren Finanzminister eine Vorlage ausarbeiten läßt, welche die indirekten Steuern in der gleichen Höhe beläßt, die direkten aber herabsetzt. Das Bürgerrecht soll noch weniger, Arbeiter und Angestellte sollen noch mehr zahlen!

Man wird freilich von der bürgerlichen Nationalökonomie behauptet, daß die indirekten Steuern nicht nur die Arbeiter belasten und daß die Unterbrechung der indirekten und direkten Steuern in Bezug auf ihre verschiedenen soziale Wirkung auf Bürgerrecht und Arbeiterklasse überholt sei. Selbst in sozialistischen Kreisen ist diese Frage ungelöst. Deshalb soll in einem nächsten Aufsatz noch behandelt werden.

Benes der Autor der Lex Cyrill?

Uebereinstimmende Behauptungen der „Lidové Listy“ und des „Benlow“.

Prag, 16. November. Der heutige „Benlow“ beschäftigt sich an leitender Stelle mit der Coburg-Affäre und geht nach den Angriffen Strausky auf den agrarischen Minister Hodza zum Gegenangriff über. Der „Benlow“ wirft Strausky vor, daß er das möglichste tue, um die Affäre möglichst zu verdunkeln und zu verwirren und von seiner eigenen Angelegenheit abzulenken. Wenn es ihm an einer wirklichen Aufklärung der Affäre gelegen sei, dann müßte er sein ganzes Material dem Untersuchungsrichter vorlegen. Während Strausky sich bemühe, seiner Leserschaft die Meinung zu suggerieren, daß die Regierung die Angelegenheit Eisler-Coburg zu unterdrücken trachte, weist das Blatt darauf hin, daß es ja gerade Regierungsorgane gewesen seien, die Eisler verhaften ließen und die jetzt eine strenge Untersuchung durchführten.

Der „Benlow“ führt nun weiter ganz bestimmt an, daß es der Außenminister Benes gewesen sei, der bei der Verhandlung des Gesetzes über die Aufhebung der Fideikommiss im letzten Moment, als das Gesetz schon fertig war und die Referate bereits im Plenum, erlatet wurden, mit der Forderung gekommen sei, daß man in das Gesetz noch eine besondere Bestimmung aufnehmen solle: Benes habe auch nicht verheimlicht, daß diese Bestimmung zugunsten Cyrill Coburgs sich auswirken solle. Die Agrarpartei habe sich gegen diesen Nachtrag ausge-

sprochen; ebenso hätten einige Juristen Zweifel über die Richtigkeit des Antrages Benes zugunsten Cyrill Coburgs geäußert. Von seiten des Außenministeriums sei aber jeder nur mögliche Druck auf die politischen Parteien ausgeübt worden, damit die von Benes beantragte Lex Cyrill genehmigt werde. Demgegenüber habe sich Dr. Hodza um die Verstaatlichung der Coburgischen Besitzungen bemüht.

Auch das Organ der Tschechoslowaken, die „Lidové Listy“, gibt eine im wesentlichen übereinstimmende Schilderung der Vorgänge, die zur Annahme der Lex Cyrill führten, und nennt gleichfalls Dr. Benes als den Urheber dieser Gesetzesbestimmung. Benes habe unter Berufung auf die Interessen seines Amtes und der internationalen Beziehungen eine Abänderung des § 3 des Fideikommissgesetzes verlangt; das Außenministerium habe auch die (übrigens fehlerhafte) Textierung geliefert. Die Intervention stieß in der Petka auf Widerstand, sowohl hinsichtlich der Form der beantragten Änderung als auch hinsichtlich des Meritums; daraufhin hätte Benes neuerlich bei den widerstrebenden Vollmitgliedern interveniert und nur sein Einschreiten hätte die Folge gehabt, daß die Abänderung schließlich doch angenommen wurde.

Erklärungen des Sektionschefs Dr. Hartmann.

Ein Redakteur des „Prager Tagblattes“ hatte eine Unterredung mit dem Sektionschef Dr. Hartmann aus dem Justizministerium, von dem Dr. Strausky behauptet hatte, daß er über die Einflüsse der Coburger im Justizministerium Auskunft geben könne. Hartmann erklärte, daß der Zusatz zu dem Paragraph 3 des Fideikommissgesetzes direkt dem Plenum des Abgeordnetenhauses vorgelegt worden sei, ohne vorher den Ausschuss passiert zu haben, und zwar bei dieser Zusatz dem Plenum von der Petka zugekommen, die darüber am selben Tage verhandelt habe. Woher dieser Antrag der Petka kam und wo er entstanden war, sei ihm nicht bekannt.

Nach dem Zustandekommen des Gesetzes stand das Justizministerium auf dem Standpunkt, daß eine Durchführungsverordnung angefertigt der vollständigen Klarheit der Bestimmungen des Gesetzes überflüssig sei. Wegen einer Durchführungsverordnung intervenierte bei ihm der Brünner Abokat Dr. Kostka, der ehemalige Konzipient des Dr. Bachrach. Hartmann siehe auf dem Standpunkt, daß der erwähnte Zusatz infolge seiner fehlerhaften Stilisierung, die die Grundzüge des in der Slowakei gültigen ungarischen Erbrechts nicht beachtete, im Erbschaftstreit zwischen den beiden Coburgern nicht den gewünschten Erfolg für Cyrill haben könne. Das Justizministerium vertrete die Ansicht, die Auslegung des Gesetzes den Gerichten zu überlassen. Wegen dieser Haltung

des Ministeriums richtete sich eine Beschwerde eines Dr. Salni in Pilsen an den Minister, der ausführte, daß die Auslegung des Gesetzes nicht den Gerichten überlassen werden solle, sondern Sache der Regierung im Wege einer Durchführungsverordnung sei. Dieses Recht in Sachen der Fideikommiss sei von dem ehemals ungarischen Hofmarschallamt auf die Regierung übergegangen.

Außer Dr. Kostka habe der Rechtsvertreter des Prinzen Josias, Dr. Sobicka, sich bei Hartmann über die Frage der Durchführungsverordnung informiert und die Durchführung der Verlassenschaftsabhandlung reklamiert. Weder Prinz Cyrill, noch Dr. Eisler hätten aber je bei ihm persönlich vorgesprochen.

Der Untersuchungsrichter legt die Untersuchung nieder.

Prag, 16. November. Der bisherige Untersuchungsrichter in der Coburg-Affäre hat heute die Leitung der Untersuchung mit Rücksicht auf seine Ueberbürdung mit anderen Arbeiten niedergelegt. Man bringt diesen Schritt in Zusammenhang mit dem Umstand, daß der Untersuchungsrichter ein Besuch Dr. Eislers um Entlassung aus der Untersuchungshaft beflürwortet an die zur Entscheidung berufene Ratkammer weitergeleitet hat, da er der Ansicht war, daß keine Kollisionsgefahr mehr vorliege. Es erhalten sich die Gerüchte, daß dieser Schritt nicht ganz freiwillig erfolgt ist.

Senat.

Die Erweiterung des Präsidiums angenommen.

Prag, 16. November.

Zu Beginn der Sitzung liegen im Druck u. a. vor: eine Regierungsvorlage zum Vergebot; eine Vorlage über die gegenseitige Gültigkeit der Zeugnisse von gewerblichen Schulen etc. in den historischen Ländern und in der Slowakei, soweit sie einen Befähigungsnachweis beim Eintritt eines Bewerbers bilden; ein Vertrag mit Italien über Versicherungsverträge und das zweite Nachtragsprotokoll zum Vertrage mit Oesterreich über die Regelung der Forderungen in allen Kronen.

Nach Zuweisung verschiedener Vorlagen an die Ausschüsse werden von der Koalition zunächst vier Dringlichkeitsanträge der tschechischen Nationalsozialisten, welche die Regierungsverordnung über die Kanzeleffizienten sowie verschiedene Verordnungen des Schulministeriums als gesetzwidrig aufheben, abgelehnt.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Regierungsvorlage, welche das Gesetz vom Juli 1923 über finanzielle und rechtliche Begünstigungen zur Unterstützung der systematischen Elektrifizierung novelliert. Der Berichterstatter Prochazka führt aus, daß es sich um die Bestreitung der von den gemeinnützigen Elektrizitätsgesellschaften herausgegebenen Schuldverschreibungen von der Stempel- und sonstigen Gebühren handelt. Die Frist, innerhalb der die Begünstigung zuerkannt wird, soll nach der Vorlage um vier Jahre, d. i. bis Ende 1930, verlängert werden. Die Vorlage wird sodann ohne Debatte mit einer kleinen Abänderung in erster Lesung angenommen.

Punkt 2 der Tagesordnung bildet die Regierungsvorlage, durch die einige Bestimmungen der Strafprozessordnung abgeändert und Gerichtsärztekammern errichtet werden. Der Berichterstatter Zules führt aus, daß es sich hier darum handle, einige veraltete Bestimmungen zu modernisieren. Die Vorlage fordert, daß künftig nur ständige Gerichtspräsidenten vom Gericht zugezogen werden und erst die Fakultätsgutachten durch Gutachten der Gerichtsärztekammern. Das Gesetz kränkt ferner die gerichtliche Untersuchung des Offiziersstandes auf eine bestimmte Zeit ein und legt hierbei eine obligatorische Verteidigung fest. Auch diese Vorlage wird ohne Debatte in

erster Lesung angenommen und die Sitzung hierauf unterbrochen.

In der fünf Minuten später eröffneten zweiten Sitzung wurde zunächst eine Reihe von Vorlagen den Ausschüssen zugewiesen. Sodann referierte Senator Zules über den Antrag Donat auf Vermehrung der Vizepräsidentenstellen und die diesbezüglich notwendige Abänderung der Geschäftsordnung. Der Referent begründet die beantragte Abänderung der Geschäftsordnung. Der Referent begründet die beantragte Vermehrung der Vizepräsidentenstellen von fünf auf sechs mit der Bildung der neuen Mehrheit, in der sich die Zahl der Parteien vergrößert habe. Das neue Präsidium soll nunmehr aus dem Präsidenten und sechs Vizepräsidenten bestehen und bei Anwesenheit von mindestens vier Mitgliedern beschlußfähig sein.

Der Antrag Donat wird sodann von der Mehrheit angenommen. Unsere Genossen hatten sich gemäß der Erklärung des Genossen Dr. Heller in der vorangegangenen Obmännerkonferenz während der Verhandlung und Beschlußfassung über diesen Gegenstand abwesent.

Nächste Sitzung Donnerstag, 3 Uhr nachmittags.

Obmännerkonferenz.

In der Obmännerkonferenz wurde der Antrag der isolierten Parteien auf Vermehrung der Vizepräsidentenstellen durchberatet, der den öffentlichen Zweck hat, den tschechoslowakischen Parteien und den slowakischen Merkmalen Stellen im Präsidium zu verschaffen, dagegen die seit dem Jahre 1920 vom Genossen Riehnert besetzte Stelle im Präsidium der deutschen sozialdemokratischen Partei zu nehmen.

Genosse Dr. Heller stellte fest, daß über diesen Antrag mit den Oppositionsparteien vorher kein Einvernehmen geschlossen wurde und daß daher unsere Fraktion mit Rücksicht auf diesen den parlamentarischen und gesellschaftlichen Gepflogenheiten widerstrebendes Vorgehen der Mehrheit sich weder an der Debatte noch an der Beratung über diesen Antrag beteiligen werde. Dem Prozet des Genossen Dr. Heller schlossen sich auch die tschechischen Sozialdemokraten und Nationalsozialisten an.

Inland.

Wieder ein Sprachenstreit.

Während der gestrigen Sitzung des Immunitätsausschusses des Senates ergriff der deutsch-agrarische Senator Zuleger das Wort und befragte sich darüber, daß der größere Teil der deutschen Mitglieder des Ausschusses dessen Verhandlungen nicht folgen können, da er die tschechische Sprache nicht hinlänglich beherrsche und er ersuchte den Vorsitzenden, dafür Sorge zu tragen, daß bei jedem Referat vom Vorsitzenden oder von den Berichterstattern ein kurzer Auszug desselben in die deutsche Sprache übersetzt werde. Der Vorsitzende, der Nationalsozialist Dr. Krousky, stellte an der Hand der Geschäftsordnung fest, daß eine Möglichkeit, solche Übersetzungen zu besorgen, nicht bestehe. Den deutschen Mitgliedern des Ausschusses stehe das Recht zu, deutsch zu sprechen, doch die offizielle Verhandlungssprache sei die tschechoslowakische und von dieser Tatsache könne nicht abgegangen werden. Im Verlaufe der Sitzung kam Genosse Senator Riehnert nochmals auf diese Angelegenheit zu sprechen und appellierte an den Vorsitzenden, wie auch an den Ausschuss, doch in irgend einer Weise den deutschen Mitgliedern die Teilnahme an den Verhandlungen insofern zu ermöglichen, daß ihnen ein Dolmetsch beigelegt werde, der diese des Tschechischen unkundigen Mitglieder über den Inhalt der einzelnen Anträge und der Verhandlungen informiere. Der Vorsitzende Dr. Krousky erklärte, auch diesem Wunsche nicht Rechnung tragen zu können, da die Beiziehung eines Dolmetsches nur möglich sei, wenn es sich um die Uebersetzung von deutschen Anträgen ins Tschechische handle, nicht aber umgekehrt.

Englisch zur Steuerreform.

Herabsetzung der Umsatzsteuer?

Prag, 16. November. Im Budgetausschuss kam es heute zu einer Debatte über die Steuerreform, die durch ein Exposé des Finanzministers Dr. Engliš eingeleitet wurde. Er erklärte, daß man mit einem Erfolg der Steuerreform im nächsten Jahre noch nicht rechnen könne, da die Steuern im Jahre 1927 noch nach dem alten System gezahlt werden würden. Im übrigen sei die Staatsverwaltung ständig noch durch Steuerrückstände gedeckt. Zur Umsatzsteuer erklärte der Minister, daß die tatsächlichen Einzahlungen heuer bereits höher waren. Sobald sie 2500 Millionen erreicht haben werde, werde es möglich sein, um ein halbes Prozent herunterzugehen. Auch an einer Reform des Gebührengesetzes und des Mentengesezes werde gearbeitet, so daß man damit rechnen könne, daß es trotz des ungeheuren Materials innerhalb zweier Jahre zu einer Kodifizierung der Gebühren kommen werde.

In der Debatte erklärte

Genosse Schweichhart,

daß alle indirekten Steuern unsozial seien und gerade die Besitzlosen am schwersten belasten. Die Umsatzsteuer mache allein so viel aus wie alle indirekten Steuern zusammen. In dieser Tatsache ändere die Steuerreform gar nichts und wir vermüssen noch wie vor eine gerechte Besteuerung der bestehenden Klassen. Unter den indirekten Steuern gibt es nur eine einzige, die den Luxus erhöht, das ist die Flaschenweinsteuer, und die soll noch abgeschafft werden. Genosse Schweichhart spricht sich ferner gegen die Einstellung eines eigenen Küstungsfondes von 350 Millionen Kronen ins Budget aus und verlangt eine entsprechende Erhöhung der Post für Gutmachung der Umweltschäden.

Die Getreidezölle.

Eine bürgerliche Stimme für ihre zeitweilige Aufhebung.

Das tschechische bürgerliche Blatt „Tribuna“ kommt gestern auf die Wirkungen der Getreidezölle zu sprechen. Die Äußerungen des Blattes sind deswegen interessant, weil der Verfasser gleich von vornherein erklärt, daß er Getreidezölle für notwendig halte, weil die Landwirtschaft einen ähnlichen Schutz brauche wie die Industrie. Er gibt auch ohne weiteres zu, daß jeder Zoll eine Erhöhung des Preises bedingt. Wenn der Verfasser ungeachtet seines grundsätzlichen Standpunktes dennoch zur Forderung nach zeitweiser Herabsetzung der Getreidezölle gelangt, so bewegt ihn die Preisentwicklung der letzten Wochen. Gegenwärtig kostet amerikanischer Weizen bis zur tschechoslowakischen Grenze (Elsbofen) 272 Kronen, Korn 229 Kronen. Diesen Preis wird der Konsument auch für heimischen Weizen zahlen müssen, sobald die Zufuhr aus Magharien aufhört. Magharien wird bald ausverkauft sein, wir werden daher gezwungen sein, unseren Bedarf aus Amerika zu decken. Infolgedessen werden unsere Preise die Höhe der amerikanischen erreichen. In dem Preis des amerikanischen Getreides stecken nun auch die seit dem Vorjahr bedeutend erhöhten Frachten. Voriges Jahr war die Frachtrate 10 K für 100 Kilogramm, heuer aber fast 20 K. Um diesen Preis erhöht sich also das amerikanische Getreide. Nimmt man erhöhten Zoll und erhöhte Fracht zur Grundlage der Betrachtung, dann erhöht sich der Weizenpreis um etwa 50 Kronen gegen das Vorjahr. Nach den Kalkulationen ist nun der Produktionspreis bei heimischen Weizen 210 Kronen, bei heimischem Korn 180 Kronen. Die Getreideproduzenten erzielen also auf Kosten der Konsumenten namhafte Uebergewinne und es ist notwendig durch wirtschaftspolitische Maßnah-

Das rote Sachsen.

Doch zur Auffüllung der auseinanderstrebenden Potentenzstreifen, für die ein Hitler nicht genügt, ein Mussolini not wäre, soll nicht bestritten werden. Aber geachtet vor der Welt? Höchstens vor Horban, Hitler, Gajda et unti quanti! Die Stelle mit dem Schmerz um das schmerzbedrohte deutsche Land ist jedenfalls schon ganzer Hitler. Wir wollen ja diese hündischen Reimerereien nicht ernst nehmen, sondern nur a n p r a n e r u, aber wir werden sie diesen Aposteln der brutalen Gewalt, des nackten Terrors, des gemeinen Mordes, der Brandstiftung und so ziemlich aller übrigen im Strafgesetzbuch angeführten Verbrechen entgegenstellen, wenn sie wieder einmal vom roten Terror üben werden!

Tagesneuigkeiten.

Der Einfluß der deutschen Minister wächst?

Unsere Leser wissen, daß wir dem Regiments-Experiment der deutschen Bürgerpartei anfangs sehr skeptisch gegenüberstanden und daß wir unsere Zweifel am Gelingen dieses Versuchs bis heute nicht ganz besiegen konnten. In den letzten Tagen aber sind gewisse Veränderungen, deutlich sichtbar, wenn auch gerade nicht gewaltige Wandlungen vor sich gegangen, die auch uns freudiger, optimistischer, hoffnungsvoller stimmen. Wir wissen freilich nicht, wie weit die Befestigung auf den direkten Einfluß der deutschen Regierungsparteien und ihrer Minister zurückzuführen ist; möglich, daß die höchsten Stellen, bei denen allein die Möglichkeit lag, die Dinge zum Besseren zu wenden, sozialogischen Impuls insbesondere den Christlichsozialen ein Zeichen der Gunst geben wollten, möglich aber auch, daß die guten Beziehungen des christlichen Führers der Gerechtigkeit, des Herrn Justizministers Wahr-Garting, die Wandlung unmittelbar beeinflussten.

Doch sei dem, wie immer: sicher ist, daß es gerade in den allerletzten Tagen besser geworden ist — nämlich das Wetter. Wir hatten eigentlich schon jahrelang keinen so schönen Spätherbst wie heute. Doch erst die prachtvollen, warmen, sonnigen Tage dieser Woche haben auch diejenigen umgestimmt, die bisher die Zusammenhänge zwischen der Gnade der himmlischen Wetterdektion und unserer neuen Regierung leugneten. Aber jetzt werden die Sympathien des in den Wollen residierenden Regierungschefs, der doch bekanntlich in erster Linie ein deutscher Gott ist, für den christlichen Justizminister und den nicht minder frommen agrarischen Arbeitsminister immer klarer. Man beginnt auch bereits die kleinen Enttäuschungen der deutschen Merkmalen und Landbändler beispielsweise in Sprachenfragen zu vergessen, man glaubt ihnen, daß sie das deutsche Volk, ohne daß sie bestimmte Zusicherungen erhalten hätten, ein gutes Stück nach vorwärts bringen werden, denn man weiß, daß sie auch bezüglich des guten Wetters, das sich nun via facti einstellt, keine festen Zusagen vorher in der Hand hatten. Alles ist besser und gut gelaut, sogar nicht mehr über Rölle und Steuern, weil's doch schon warum ist, und rechnet mit einem guten Winter, der die deutschen Belange vollkommen in den Hintergrund wird treten lassen. Insbesondere die deutschen Arbeiter sind glücklich, da verläutet, daß zu Weihnachten, wenn die deutschen Minister so weiter machen, heute schon die Weigerer blühen werden.

Wir halten es allerdings für unsere Pflicht, darauf aufmerksam zu machen, daß eine Gewähr für die Fortdauer des guten Wetters nicht gegeben ist. Man wird uns diesfalls freilich wieder des Reids, der Mißgunst und kleinlicher Geizhalsigkeit weihen. Sei's drum! Wer objektiv ist, weiß, daß wir die kleinen, hoffnungsvollen Anlagen nicht tödlich wollen; wir wünschen vielmehr recht herzlich, daß Spina, Wahr-Garting und ihre Wähler heute schon zu Neujahr im Freien baden gehen können.

l. g.

Die Gasvergiftungen im Wittowitzer Eisenwerk.

Die Senatoren Genossen Joll und Dr. Seltzer haben an den Minister für soziale Fürsorge folgende Interpellation gerichtet:

Vor Jahresfrist gingen die Wittowitzer Eisenwerke daran, die Abgasgase der Hochöfen aufzufangen und zu verwerten. Insbesondere wird das Gas zum Heizen der Martinöfen verwendet. Dieses Gas hat die Eigenschaft, alles Material zu durchdringen, auch Gasmasken bilden keinen Schutz, und es ist erst feststellbar, wenn die in seinem Bereiche arbeitenden Menschen bewußtlos werden. Infolge der ungeheuren Giftigkeit des Gases kann eine Rettung des Lebens der Bewußtlosen nur erfolgen, wenn sofort Hilfe geleistet wird. Seit der Verwendung dieses Gases vergeht fast keine Woche, in der sich nicht ein oder mehrere Gasvergiftungsfälle ereignen würden.

In der Woche vom 8. bis 13. November ereigneten sich gleich drei solche Unfälle. Dienstag, den 9. l. Mts. ein Fall. Der Arbeiter erhielt rechtzeitig Hilfe und konnte gerettet werden.

Mittwoch, den 10. l. Mts. zwei Unfälle, einer davon tödlich. Der tödliche Unfall ereignete sich dadurch, daß der Arbeiter durch die austretenden Gase bewußtlos wurde und abfiel. Er fiel auf Eisen auf und zertrümmerte sich die Schädelkapsel.

Donnerstag, den 11. l. Mts. war aber die Guffstahlfabrik des Werkes, wo sich alle die Unfälle ereigneten, der Schauplatz von Massen-

Die sächsischen Landtagswahlen vom 31. Oktober haben in dem roten Sachsen zum Freude aller Reaktionsäre, eine bürgerliche Mehrheit gebracht, wenn anders man nicht die verräterischen „Altsozialisten“ zu den proletarischen Parteien zählen will. Sachsen, die Hochburg der weltlichen „alten“ Sozialdemokratie, der Partei Bebels und Liebknechts, Sachsen, das der Volkswitz „Sowjet-sachsen“ nannte und gegen das Streifemann die Reichswehr aufbot, Sachsen, das mit Thüringen der letzte rote Block in der schwarzweißen Zeit war, gegen das die Ehrhardt, Hitler und wie die völkischen Landräthe hießen, vergeblich Sturm liefen, war durch den Verbot irragangener Mandatäre der Partei in die Hände des Bürgerturns gefallen. Mit Schmerz und Bedauern mußten die Sozialisten es feststellen, so sehr sie sich bemüht waren, daß sich die Sozialdemokratie in dem ungleichen Kampfe nach drei Fronten, gegen die Bourgeoisie, gegen die Kommunisten und gegen die „Alten“ brillant geschlagen und bei den Wahlen gut gehalten hätte. Ein Vermutungskrieg fiel auch in die Hände der Bürgerlichen. Die geschwächte Sozialdemokratie war trotz allem stärker als die sozialdemokratische Fraktion vor den Wahlen, weil die Verräterfraktion der „23“ eben auf vier Wänden zusammen geschmolzen, die sozialdemokratische Fraktion von 18 auf 31 gewachsen war. Nun ist das Bürgerturn kaum imstande, in Sachsen zu regieren. Es ist zersplittert und durch Mittelstandsparteien belastet, die für eine „Politik der starken Hand“ kaum zu brauchen sind. Auch die Einheitsfront aller Bürgerpartei von den Völkischen bis zu den Demokraten und von der feindbürgerlichen Aufwertungsruppe bis zu den deutschnationalen Junkern und den völkisch-kohlenbaronen, hat noch keine Mehrheit, sondern ist auf die Gefolgschaft der vier „Alten“ angewiesen. Das Bürgerturn ist in solchen Augenblicken nicht verlogen und distanziert nicht über Demokratie und Diktatur. Es scheut auch

nicht davor zurück, im selben Augenblick, da die Stellungnahme der überreichlichen Sozialdemokratie von den feindbürgerlichen Verteidigern der Demokratie im bürgerlichen Lager als „völkisch-wirtschaftlich“ hingestellt wird, seinerseits ohne lange Umschuldungen ein solches Bekenntnis zur Diktatur abzulegen. Das sächsische Bürgerturn hat, da Sachsen angeblich bewiesen habe, daß es sich nicht selbst regieren könne — weil es sich nicht bürgerlich regieren lassen will! — einfach die neuerliche Reichsexekution verlangt und vorgeschlagen, man möge Sachsen in Preußen einverleiben.

Die Gemeindevahlen, die 14 Tage nach den Landtagswahlen angelegt waren, konnten natürlich keine formelle Korrektur des Wahlergebnisses vom 31. Oktober bringen. Aber tatsächlich kam es für die Stimmung im Lande, für die Regierungsbildung und vor allem für die Exekution der Rechtsparteien sehr darauf an, wie Sachsen bei den zweiten Wahlen innerhalb zweier Wochen stimmen würde. Hat die Bevölkerung das Ergebnis vom 31. als Signal zur Flucht aus den sozialistischen Reihen aufgefaßt? Ist die Arbeiterschaft ermutigt? Hat die Bourgeoisie die Hindernisse im Sturm genommen, die Gefühl und Tradition der reaktionären Propaganda gerade in Sachsen entgegenzusetzen?

Das Ergebnis der Gemeindevahlen vom Sonntag hat Freund und Feind überrascht. Es ist ein unerwarteter Erfolg der Sozialisten geworden, eine schwere moralische Niederlage des Bürgerturns, ein flagranti Verstoß der Altsozialisten. Die alte Kraft der deutschen Sozialdemokratie, die ungebrochen auch in der zerrütteten, schwer heimgejudeten, sächsischen Bewegung schlummert, hat sich glänzend bewährt. Fast überall wurde das Wahlergebnis vom Jahre 1924 korrigiert und die Stimmzahl gegenüber dem 31. gesteigert.

Die drei größten Städte Sachsens sind rot.

Glänzend ist das Ergebnis in Leipzig. Die Sozialdemokratie erzielte:

1924	90.154 Stimmen und 19 Mandate
am 31. Oktober	115.362 Stimmen — — — (Landtag)
am 14. November	124.800 Stimmen und 26 Mandate

Es stehen in Leipzig 197.388 sozialistischen (sozialdemokratischen, kommunistischen und unabhängigen) Stimmen nur 161.116 bürgerliche und 6.035 altsozialistische Stimmen gegenüber. Die 41 proletarischen Mandate sind eine feste Mehrheit gegen die 33 bürgerlichen und das eine „altsozialistische“ Mandat.

In Chemnitz ist die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen von 35.360 im Jahre 1924 und 43.699 am 31. Oktober auf 46.618 gestiegen.

Auch Chemnitz wird eine rote Stadtregierung erhalten. Die „Alten“ sind dort ganz durchgefallen und die Sozialdemokraten und Kommunisten erhalten zusammen 31 (17 und 14) Mandate gegen 30 bürgerliche.

In Dresden standen bisher 44 Bürgerliche 31 Linken gegenüber.

Kunmehr haben die Sozialdemokraten und Kommunisten 36 (davon 26 sozialdemokratische) Mandate inne, die Bürgerlichen die gleiche Zahl, die Altsozialisten konnten hier noch drei Mandate erringen, was die proletarische Mehrheit gefährdet.

Überall marschieren die Sozialdemokratie an der Spitze. In Meissen und Sebnitz erlangte die Sozialdemokratie allein die Mehrheit, in zahlreichen anderen Orten hat sie zusammen mit den Kommunisten die Mehrheit. In Pirna wird mit Unterstützung der Kriegesfähigen eine Linksmehrheit möglich sein. Die großen Proletariatsstädte Sachsens sind in den Händen der Sozialisten, Sachsen ist wieder rot und stärker als das Gewicht der Zahlen wiegt der moralische Erfolg. Die Regierungsbildung wird im Zeichen dieser Erfolge wohl etwas anders aussehen, als die Bürgerlichen sich träumen ließen, und mit der „Annerion“ Sachsen durch Preußen, mit einer neuen Reichswehrkapulation ist es wohl vorbei.

Das Beispiel Sachsens zeigt, was Ausdauer und unerschütterter Mut vermag, es beweist, daß die alten proletarischen Tugenden noch immer über bürgerliche Demagogie und über Verrat in den eigenen Reihen siegen, wenn die Arbeiter selbst nur an diesen Tugenden festhalten. Der Sieg, der in Sachsen erfochten wurde, zerstört manche Hoffnung der Bourgeoisie, er soll aber auch die Hoffnung und den Mut der Arbeiterklasse in allen Ländern neu entflammen.

l. g.

Die Gasvergiftungen im Wittowitzer Eisenwerk.

Zwei Arbeiter machten Reparaturen in der Nähe der Gasleitung. Durch Ausströmen des Gases wurden beide bewußtlos. Es wurde der Rettungsmann gerufen, aber, obwohl er einen Sauerstoffapparat hatte, wurde auch er bewußtlos und kam nicht mehr zum Bewußtsein, starb an der erlittenen Gasvergiftung. Außerdem verloren noch fünf zur Rettung herbeigeeilte Arbeiter das Bewußtsein und mußten in das Spital geführt werden. Die zwei erstgenannten Arbeiter konnten nicht mehr ins Leben zurückgerufen werden.

Dieser Massenunfall ist auf das verbrecherische Spiel mit Menschenleben aus kapitalistischer Profitgier zurückzuführen.

Die Arbeiten an der Gasleitung wurden noch immer von der Kesselfabrik besorgt. Infolge des Unfalles am Mittwoch verlangte die Leitung der Kesselfabrik die Absperrung der Gasleitung, insofern an dieser gearbeitet werde. Die Antwort auf diese Forderung war, daß dies nicht geschehen dürfe, worauf die Kesselfabrik die Durchführung der Arbeiten verweigerte.

Hierauf erklärte ein Ingenieur des Werkes, die Arbeiten selbst mit seinen Leuten durchzuführen. Das geschah und die furchtbare erwähnte Katastrophe trat ein.

Dabei hätte können das Unglück noch viel furchtbarer ausfallen, es drohte auf der Unfallstelle jeden Augenblick eine Explosion, für welchen Fall im Werk nicht die geringsten Vorkehrungen getroffen sind. Daß die verantwortlichen Organe wußten, wie gefährlich diese Arbeiten sind, beweist die Bereitstellung eines Rettungsmannes bei Beginn der Arbeiten. Die Arbeiten an der

Leitung hätten auch an einem Sonntag durchgeführt werden können, wo die Zuleitung von Gas eingestellt ist. Man tat es nicht, weil man den dabei beschäftigten Arbeitern einen höheren Lohn hätte bezahlen müssen.

Die Interpellanten fragen schließlich den Herrn Minister:

1. Ist er geneigt, genaue Bericht zu erstatten, wieviel Gasvergiftungsfälle sich im Wittowitzer Eisenwerke bereits ereignet haben, ob der Gewerbeinspektor sofort nach dem Bekanntwerden der ersten Fälle eingeschritten ist und welche Vorkehrungen zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Arbeiter getroffen wurden?

2. Ist der Herr Minister geneigt, allenfalls gegen alle Personen, welche diese Vorkehrungen und Vorschriften nicht eingehalten haben, mit aller Strenge vorzugehen?

3. Ist der Herr Minister geneigt, sofort im Verordnungswege die bestehenden Gesetze und Verordnungen zu vervollständigen, damit eine Wiederholung solcher Unfälle nicht möglich ist, zu verfügen, daß bei Zuleitungen von Gas Arbeiten nur dann verrichtet werden dürfen, wenn die Gasleitungen abgeperrt sind?

Eine sensationelle Verhaftung.

Prag, 16. November. In Angelegenheit der gestern vom „Loh“ gemeldeten Schiebung von Kriegsanleihe zum Schaden des Staates wurde heute abend der Direktor der nationalsozialistischen Druckerei „Melantrieb“, Jaroslava Salda, verhaftet. Salda steht in Verdacht, als Vorstandsmitglied der Volkswirtschaftsliga in Obersturt Kriegsankleihe im Nominallwert von 330.000 Kronen auf den Namen der Konsumgenossenschaft Pratschi umgetauscht zu haben, ohne daß diese überhaupt im Besitz von Kriegsanleihe gewesen war.

Neuerneuerung der Ortswahl- und Reklamationskommissionen

Mit 31. Dezember l. J. geht die dreijährige Funktionsperiode der nach den Bestimmungen des Gesetzes vom 15. Dezember 1919, Zlg. 663, über die ständigen Wählervereine, § 5, bestellten Ortskommissionen und der nach § 11 des gleichen Gesetzes bestellten Reklamationskommissionen zu Ende. Es sind deshalb für die neue dreijährige Funktionsperiode, welche mit 1. Jänner 1927 beginnt, neue Mitglieder für diese Kommissionen zu ernennen.

Ortswahlkommissionen.

Die für jeden Wahlsprenzel einzusetzende Ortswahlkommission, deren Aufgabe in der Zusammenstellung der ständigen Wählervereine besteht, wird gebildet: aus dem Gemeindevorsteher oder einem von ihm bestellten Vertreter als Vorsitzender und aus 4 bis 8 Beisitzern, deren Ernennung auf Grund von Anträgen der Parteien durch die politische Bezirksverwaltung nach dem Verhältnis der Parteistärke erfolgt. Gemeinden, bis 5000 Einwohner bilden einen einzigen Wahlsprenzel und haben nur eine Ortswahlkommission. In größeren Gemeinden, in denen mehrere Sprenzel bestehen, wird für jeden Wahlsprenzel eine eigene Ortswahlkommission errichtet.

Reklamationskommissionen.

Die Reklamationskommission bei der politischen Aufsichtsbehörde besteht aus dem Vorstand der politischen Bezirksverwaltung oder einem von ihm bestimmten Beamten als Vorsitzenden und aus 8 bis 12 Beisitzern. Die Beisitzer werden über Antrag der politischen Parteien vom Vorsitzenden nach dem Verhältnis der Parteistärke ernannt.

Stellvertreter der Orts- oder Reklamationskommissionen.

Für jeden Beisitzer der Orts- und Reklamationskommissionen wird auch ein Ersatzmann ernannt.

Wann und wo sind die Anträge zu überreichen?

Die politischen Parteien haben ihre Anträge auf Ernennung der Beisitzer und Ersatzmänner sowohl für die Ortswahlkommission als auch für die Reklamationskommission bei der zuständigen politischen Bezirksverwaltung bis längstens 1. Dezember 1926 vorzuliegen unter Anführung der vollen Namen und genauen Adressen der vorzuschlagenden Beisitzer und Ersatzmänner.

Die Soldaten-Selbstmorde. Auf dem militärischen Exerzierplatz in Troppau schloß sich während einer Uebung am Samstag, den 13. November, der Gefreite Josef Ruschil in selbstmörderischer Absicht eine Gewehrfluge in den Leib. Nach der Tat wurde er sogleich ins Militär- und später ins schlesische Landeskrankenhaus nach Troppau gebracht. Da Ruschil tags vorher beim Kompaniekommandorapport zum wiederholtenmal wegen Subordinationsverletzung bestraft wurde, liegt die Vermutung nahe, daß er deswegen die Tat ausführte.

Skandalöse Zustände in den karpathorussischen Staatswäldern. Seit Jahren werden Klagen über die unordentliche Wirtschaft in den karpathorussischen Staatswäldern geführt, ohne daß die zuständigen Kenner bisher eingeschritten sind. Während jeder arme Teufel, wenn er sich aus dem Wald ein Stück Holz holt, bestraft wird, werden Millionen von Bäumen an Holz direkt verschleudert. Insbesondere Spekulant und Angehörigen der scheidenden Agrarpartei wird Holz um einen Spottpreis verkauft. So erzählte der Abgeordnete Remes im Budgetausschuß, daß in einer Zeit, da Holz um 60 bis 70 K pro Kubikmeter verkauft wurde, man in einem Bezirk das Holz um 25 bis 35, bzw. 31 bis 41 K verkauft hat. Von einer Dektion der staatlichen Waldungen wurden in einem Monat 14.000 Kubikmeter Holz um den Durchschnittspreis von 46,83 K verkauft, während man dafür bei Versteigerungen 68,83 K erhielt. Eine andere Dektion verkaufte einer Firma 12.000 Kubikmeter Holz um 32 K pro Kubikmeter, welches die Firma sofort, ohne das Holz gesehen zu haben, um 48 K pro Kubikmeter verkaufte. Alle diese Vorfälle fallen in die Zeit, da im Landwirtschaftsministerium Dr. Hobza saß.

Schiffsunfälle. Infolge des dichten Nebels der letzten Tage sind zahlreiche Dampfer zu Schaden gekommen. In der Ostsee geriet der italienische Dampfer „Proceda“ auf Grund. Bergens versuchten zwei Schiffe, das Schiff flott zu machen. Der norwegische Dampfer „Prode“ lief bei 20 m geteert fest. Hier gelang es Bergensdampfern nach mühseliger Arbeit, das Schiff freizubekommen, so daß es seine Reise nach Hamburg fortsetzen konnte. In der Elbe bei Hamburg ließ der englische Dampfer „Admiral Hastings“ in nichtigem Nebel mit dem Hamburger Dampfer „Odis“ kollidieren. Dabei wurde „Odis“ in stark beschädigt, doch er abgeschleppt und auf Strand gesetzt werden mußte. „Admiral Hastings“ konnte mit eigener Kraft den Hamburger Hafen erreichen. In der baltischen Rüste strandete der französische Dampfer „Bedrou“, der sich auf dem Wege nach Petersburg befand. Die Besatzung konnte gerettet werden, das Schiff gilt jedoch für verloren.

Beschreibungen in der Prager Burg werden vom „Cesse Sivo“ verzichtet. Es handelt sich diesmal jedoch nur um bauliche Beschreibungen. In der letzten Zeit wurde nämlich festgestellt, daß einige Teile der Burg, die auf dem Hof von Kaiser durchdrängten Schiefer stehen, sich durch ihre Schwere einerseits in der Richtung zum Kirchgraben, andererseits in der Richtung zur Kleinfeste verschieben. Diese Verschiebungen zeigen sich in mächtigen Rissen in der Burgmauer. Auch der Veitsdom neigt sich in der Richtung gegen den Kirchgraben und im Laufe von Jahrhunderten betrage diese Neigung volle 25 Zentimeter. Diese Neigung ist um so gefährlicher, da der Dom jedesmal Grundfesten enthält — er ist nämlich auf der Bodenfläche errichtet. Im Arbeitsministerium fanden bereits Beratungen über die beschleunigten Maßnahmen zur Erhaltung der Burg statt. Der mit diesen Arbeiten verbundene Aufwand wird auf 10 Millionen Kronen beziffert.

Verzweifelter Kampf gegen die Wellen. Die spanischen Blätter melden aus Santander: Die Rolle, auf der der Däne Bentegodt seine Weltreise machte, lenkte auf der Höhe von San Pedro del Mar infolge hoher Sturzwellen in dichtem Nebel. Bentegodt und sein Landsmann Hansen kämpften gemeinsam mehrere Stunden lang gegen die Wellen. Als Hansen die Kräfte verlor, rief ihm Bentegodt, zu versuchen, sich wenigstens über Wasser zu halten, während er selbst von der Küste Hilfe herbeiholen würde. Als Bentegodt schwimmend das Land erreichte, war es Nacht und es dauerte lange, bevor er Entzweierte traf, so daß es unmöglich war, Hilfe zu senden. Es wird angenommen, daß Hansen ertrunken ist.

„Gott mit uns!“ Wir haben bereits von dem entsetzlichen Folterergreife berichtet, die in dem Landsberger Kermesmoderprotest enthalten worden sind. Einer der Folterergreife hatte in der Voruntersuchung angegeben, daß das unglückliche Opfer der Folterungen, der angebliche Kommunist Gröschke, vor seiner Ermordung in der Arrestzelle derart mit einem Koppelschlag geschlagen worden sei, daß dessen Grabung: „Gott mit uns!“ sich dem Opfer tief in das Fleisch eingegraben habe. Später hat der Mann, der diese Aussage machte, sie dahin eingeschränkt, daß er den Vorgang nicht selbst beobachtet, sondern nur davon erzählt gehört habe. Und auch jetzt haben die Möglichkeiten solcher „Rechenübertragungen“ für ausgeschlossen erklärt. Nun, wie dem auch sein mag; jene verkommenen Auswürflinge der Menschheit, die sich Völlerei nennen, ihr Volk mit ihren schaurigen Bluttaten entehren, haben jedenfalls reichlich das Nötige dazu beigetragen, daß die leidende Arosatur erfahre, was es heißt, wenn „Gott mit uns“ ist. Dem armen Gröschke ist es mit seinem durch erstarrten, verkrüppelten Körper — Kopfschlag auf Menschenhaut — eingepreßt worden, was alles Gott seinen Verdienst leisten muß. Aber was die paar Pesten an dem einen Gröschke getan haben, ist es nicht schließlich ein Gleichnis dafür, was der oberste Kriegs-Heerführer dieser Bestien, jener Wilhelm, an seinem ganzen Volke getan hat? War nicht auch jener Wilhelm ständig damit beschäftigt, den Herrgott als Kronzeugen für die Kriegsverbrechen anzurufen, deren Verantwortung vor der Geschichte in allererster Linie Wilhelm selber trägt? Hat er nicht jede Schlacht, jede Kriegserfolge, jede Reichstagsöffnung, jede Wörternahme, jede Flottenparade und jedes Fest-

fest mit einem Geheurr zum lieben Gott eröffnet. Hat er nicht sein blutiges Werk so lange treiben können, bis das gemarterte deutsche Volk, dem die Schandtat des Gottesbegriffs wie ein blutiges Brandmal aufgedrückt war, an dem man erkennen sollte, wenn das in den Tod getriebene Schlachtvieh zu eigen gehöre, bis das gemarterte deutsche Volk sich erhob und seine Feiniger in die Flucht schickte? Der ist nun weg und fort, keine Verfluchten in Doorn, aber seine Scherena sind geblieben und sorgen dafür, daß die Deutschen nicht verzeihen, wie es war, als Wilhelms Gott noch mit uns war.

15. scheidungslose Kassenlotterie. (Grundzahlen 23, 28 und 77.) 50.000 K: 84323; je 20.000 K: 4777, 165377; je 10.000 K: 9477, 35977, 84923, 21723; je 5000 K: 9728, 14877, 18877, 35023, 49177, 54223, 58123, 62477, 65023, 67177, 79423, 81977, 80123, 103523, 118223, 135023, 155377, 168023, 171223; je 2000 K: 1777, 4977, 10777, 11423, 18223, 18423, 21523, 22077, 27223, 31523, 33577, 34423, 37477, 41423, 47223, 52223, 57277, 57223, 61777, 60023, 72023, 81823, 84977, 93077, 95923, 97823, 115623, 124777, 127523, 133223, 135623, 139423, 141823, 148523, 155723, 158677, 163223, 164023, 165977, 173823, 174277, 179023, 181723, 189423, 19423, 202023, 204623, 208023, 216877, 217223, 218123, 22023, 223223, 224823, 229123, 229623, 234977, 237223, 239277; je 1000 K: 323, 3523, 4177, 4577, 5223, 7223, 9223, 9523, 11223, 12977, 14377, 15677, 17277, 19423, 19723, 21477, 27523, 30323, 37623, 37423, 38223, 39077, 39177, 40123, 40323, 40423, 40823, 41477, 42923, 43923, 44077, 45577, 50077, 51223, 52123, 54123, 56723, 56723, 56923, 58477, 62023, 63323, 63423, 63523, 63677, 64123, 65077, 65123, 68823, 69323, 69623, 73977, 74077, 79223, 80623, 83323, 86723, 87923, 88623, 88977, 90277, 92123, 94877, 94523, 94723, 95477, 96023, 99777, 101923, 101977, 103023, 104323, 104423, 107023, 107177, 107423, 107577, 107977, 108423, 111423, 115123, 117123, 118477, 120077, 120577, 121523, 122023, 123523, 124323, 125777, 125823, 129023, 133423, 136723, 140623, 142777, 143077, 143123, 147777, 151723, 153877, 154823, 159323, 163077, 165277, 168177, 170523, 174123, 175623, 175677, 178877, 179177, 182323, 182877, 183023, 183523, 192677, 196677, 199423, 200077, 201877, 202023, 202423, 203023, 204723, 205123, 205377, 208723, 212623, 213023, 216623, 216823, 21823, 21923, 219323, 220377, 221223, 221523, 221977, 223823, 227823, 230777, 230023, 230677, 233023, 233177, 233323, 236823, 236877.

Das Meer als motorischer Kraftspender. Der durch seine Forschungen über flüssige Luft und synthetischen Ammoniak bekannte französische Gelehrte, George Claude, berichtet über eine Neu-entdeckung, mittels welcher er durch Ausnützung der Temperaturunterschiede des Meerwassers motorische Kraft gewinnen will, u. zw. 400.000 Kilowatt aus 1000 Kubikmetern warmen und kalten Wassers pro Stunde.

Polizeibeamte und Taschendiebe. Vor dem Schöffengericht in Leipzig begann gestern die Verhandlung gegen den Kriminalwachtmeister Emmerich Kowbel, drei Kriminalbeamte, sowie fünf internationale Taschendiebe. Die Kriminalbeamten, denen die Beobachtung der internationalen Taschendiebe oblag, werden beschuldigt, mit diesen in vielen Fällen gemeinsame Sache gemacht zu haben. Wenn die Diebe von dem Bestohlenen ertrappt wurden, wurden sie, wie die Anklageschrift besagt, von den Kriminalbeamten zum Schein in Haft genommen, dann aber wieder entlassen. Die Straftaten sind hauptsächlich auf dem Leipziger Hauptbahnhof begangen worden und reichen bis zum Jahre 1924 zurück. Die Verhandlungen dürften etwa 14 Tage in Anspruch nehmen.

Der Mensch verbrannt. Eine furchtbare Brandkatastrophe ereignete sich in der Nacht

zum Sonntag in dem Straßburger Tor! Kuppreichsen. In einem Hause, dessen Bewohner in tiefem Schlafe lagen, war Feuer ausgebrochen. Der Küllersberger Schlosser, der mit seiner Familie die Mansardenwohnung innehatte, erwachte plötzlich, als das Schlafzimmer von Rauch erfüllt war. Er weckte seine Frau und beide sprangen, völlig kopflos geworden, vom zweiten Stock in den Hof, wobei sich die Frau beide Beine schwer verletzete. Erst jetzt erinnerten sie sich der beiden Kinder im Alter von sechs und zwei Jahren, die in einem Nebenzimmer geschlafen hatten. Vergebens suchte der Vater, noch einmal in die Wohnung zu eilen. Die Flammen hatten bereits das Treppenhäus ergriffen, und der Rauch machte jede Rettung unmöglich. Außer den beiden Kindern verbrannten noch eine Witwe und ihre Tochter, die in der Mansardenwohnung hausten. Es handelte sich bei dem Brand um Brandstiftung.

Ein verheerliches Ehepaar. Vor einem italienischen Gericht hatte sich ein betagtes Ehepaar wegen Bigamie zu verantworten. Der Mann war 60, die Frau 73 Jahre alt. Beide hatten vor kurzem geheiratet und dabei völlig vergessen, daß sie vor vielen Jahren schon einmal ein Ehegelpaars beglückt hatten. Sie waren weder geschieden, noch waren die beiden Ehepartner gestorben. Der verheerliche und verheerliche Streich wurde zu einem Jahr, die Frau zu zehn Monaten Gefängnis verurteilt.

Ein Radio-Vortrags-Cyklus. Im Rahmen der allwöchentlichen Klubabende der Zweigstelle Prag des „Freien Radiobundes“, die regelmäßig Mittwoch um acht Uhr abends im „Berein deutscher Arbeiter“, Prag II, Smeklogasse 27, stattfinden, beginnt heute ein für etwa sechs Wochen bestimmter Vortragszyklus. Diese Vorträge, gehalten von Generalen Paternis, werden eine Einführung in die Elektro- und Radiotechnik darstellen.

Volkswirtschaft.

Die Wahlen in den Postheilsfonds.

Am 7. Dezember werden mehr als 40.000 Wähler des Postbetriebes (Beamte, Unterbeamte, Angestellte, Anstaltsangehörige, Werkmeister, Monteur, Anstaltsmechaniker, vertragsmäßige Folgebediensteten, freie Beamtenausübungskräfte, Pensionisten und Pensionistinnen, volljährige Waisen) zur Urne schreiten, um Direktionsausschüsse, einen Zentralausschuß und einen Aufsichtsrat zu wählen. In den Händen dieser Ausschüsse liegt das Geschick des Heilsfonds des Postpersonals.

Der Heilsfonds in der Form, wie man ihn innerhalb der drei Monate seines Bestehens kennen gelernt hat, garantiert keinen ausreichenden Schutz der Gesundheit und überwälzt den Hauptteil der Kosten auf die Schultern der Beschäftigten. Durch unentgeltliche Sondertagen, durch Einschränkung der Anstaltsbehandlung auf 28 Tage, durch Verweigerung der Johannbehandlung, durch einen schwerfälligen bürokratischen Instanzenzug, durch Verweigerung deutscher Drucksachen werden die guten Absichten des Gesetzes illusorisch gemacht.

Mit dem Stimmzettel wird darüber entschieden werden, ob nach dem Dezember eine schnelle und gründliche Reform erzielt wird, oder ob Engbergigkeit, Bürokratismus und Chauvinismus das Institut der Heilpflege zu einem schweren „Belagerungsstempel“ machen.

Sämtliche Organisationen des deutschen Postpersonals, die Gewerkschaft der Postler, der Reichsverband der deutschen Postler, der Verein der deut-

schen Postkongressbeamten, gehen unter Ausbeziehung aller verbandspolitischen Gesichtspunkte mit einer gemeinsamen Liste als die einzige deutsche Wahlgruppe „Wahlgemein(e)chaft“ in die Wahlen. Es bedarf daher keiner Ueberlegung, für wen der deutsche Postler, der Pensionist, die Witwe ihre Stimme am 7. Dezember 1926 abzugeben haben. Um eure Stimme bewirkt sich aber auch die scheidungslose nationalsozialistische „Postwoni Unie“.

Die Vertreter der „Postwoni Unie“, Katsch und Jarobitz, haben sich für die Sondertagen namens ihrer Organisation ausgesprochen. Die „Postwoni Unie“ ist dafür verantwortlich, daß ein besonderer Postheilsfonds errichtet wurde, samt die Postverwaltung in die allgemeine Versicherung der Staats- und öffentlichen Angestellten einzubeziehen. Wenn daher heute das Postpersonal in seinem Heilsfonds keine Johannbehandlung findet, während sie die allgemeine Krankenkasse für Staats- und öffentliche Angestellte längst gewährt, wenn die Spitals- und Anstaltsbehandlung auf 28 Tage eingeschränkt ist, welche Grenze bei der allgemeinen Versicherung für Staats- und öffentliche Angestellte wegfällt, wenn beispielsweise die Eingehiltszahlung für Geburtskassen im Heilsfonds K 100 — beträgt, im allgemeinen Fonds jedoch um 50 Prozent höher ist, so trägt hierfür allein die „Postwoni Unie“ die Verantwortung. Und diese Herren der Unie, welche für diese sozialen Benachteiligungen die Verantwortung tragen, sie waren es, welche darauf drängten, daß der Heilsfonds nur scheidungslos amtierende dürfe. So verfolgen sie nach Witten und Wollen der deutschen Kollegen mit sprachlichen Cauteris, welche sehr folgenreich werden können.

Den gleichen chauvinistischen Radikalismus der „Postwoni Unie“ bei Abbau, Sprachenfrage, Grenz-pflege, Verdrängung deutscher Amtsvorstände kennt man zur Genüge. Es heißt sich selbst aufgeben und gegen deutsche Kollegen arbeiten, wenn auch nur eine deutsche Stimme für den radikalen scheidungslosen Chauvinismus der nationalsozialistischen „Postwoni Unie“ abgegeben wird. Es heißt zur weiteren Ausrottung der deutschen Kollegenschaft die Waffen liefern, wenn auch nur ein Deutscher sich für den Stimmzettel der Unie entscheidet.

Keine Pensionistenwitwe, kein Unorganisiertes Dorf am 7. Dezember aus Bequemlichkeit oder Lässigkeit der Wahl fern bleiben!

Die Organisationen der „Wahlgemein(e)chaft“ bieten durch ihr bisheriges unerschrockenes Eintreten und ihr Wirken auf sozialem Gebiete die sichere Garantie, daß euren gesundheitlichen Interessen auf jede nur erdenkliche Weise gebiet werden wird.

Mit den in nationaler Beziehung einstimmigen scheidungslosen Verbänden sollte dem Verband der scheidungslosen Kollegenschaft wurde durch obige Verbände schon in den letzten Wochen gemeinsam gegen die reaktionäre Einstellung der Unie zum Fonds angeknüpft.

Auch für die Wahlen und die Arbeit in den Ausschüssen ist eine gemeinsame Aktionsgrundlage vorhanden.

Die vom Reichsverband deutscher Postler beschlossene Wahlgruppe unter dem Wahlschlagwort „Deutsche Postler“ wurde zurückgezogen, da dieser Verband mit der „Wahlgemein(e)chaft“ zusammengeht. Die Parole der deutschen Heilsfondswähler am 7. Dezember 1926 kann also nur lauten:

Jeder deutsche Wähler muß heron an die Wahlurne!
Keine deutsche Stimme der chauvinistischen „Postwoni Unie“!
Alle Stimmen ohne Ausnahme für die „Wahlgemein(e)chaft“!

Gespräch in der Dämmerung.

Die vier Freunde lagen, plaudernd und den Rauchschwebeln der Zigaretten nachträumend, auf einer Wiese vor der Stadt.

Die Hitze des Julitages verlagerte allmählich in der Dämmerung aus nebelbleichem Mondschimmer im Osten und sonnerotem Wollen im Westen.

Seufzettel füllten den Wind mit Streifen herbem Duft. Fern, irgendwo sang eine einsame Geige, wehrtrunken vor Traurigkeit und Sehnsucht: Anemarie! Sieben Jahr mein Herz nach dir schrie.

Schrill piff von weißer eine Lokomotive. Ein rotes Signallicht glomm jählos und schon durch das wachsende Dunkel der Nacht.

Und dann marschierte in der Nähe ein Trupp Menschen vorbei, und mit ihr das übermütige Lied: „Zugreich woll'n wir Frankreich schlagen, werden als ein tapferer He-he-he-He!“

Eine hilflose, stumpfe Verneinung blieb von diesem Eindruck bei den Vier zurück und lähmte jeden Versuch, die Unterhaltung wieder heiter und harmlos werden zu lassen.

Nach einer langen, unbeholfenen und quälenden Pause im Gespräch, sagte schließlich der eine, gehemmt und unsicher die Worte zusammenstufend:

„Es ist alles so hoffnungslos.“

Im Juni 1917 war unser Bataillon — zwölf Mann stark — aus der Hölle von Verdun zurückgekehrt ins Ruhequartier. Zwölf Mann waren geblieben, zerrüttert und erschöpft bis zum letzten, schwelgend beieinander, an einem der hohen Tische in der düsteren Baracke, aus der 3 Tage vorher das Bataillon mit über 300 Mann in Stellung gerückt war. Stundenlang saßen wir ohne ein Wort. Die trübseligen rötlichen Glühbirnen jitzerten ein unheimliches Licht über die Betten, je zwei übereinander in sechs langen Reihen. Sechs lange Reihen Stühle.

Wir waren so müde, so müde — aber wir konnten uns nicht schlafen legen. Wir starr-

teten uns. Wir hatten in den drei Jahren so manchen Nord begangen, wir kannten all die unheimlichen Schreden, die hinter dem Wort „Front“ lauerten, und waren gleichgültig, abgebrüht und verroht. Und in dieser Nacht fürchteten wir uns vor den leeren Bettstellen! Dem zwischen den bleichen Brettern hockte das Entsetzen und grinst uns die eine furchtbare, verfluchte Frage entgegen: Wo sind eure 300 Kameraden? ..?

Bechtlos waren wir preisgegeben dem stierendem Grauen. Stunde um Stunde, und jede Stunde hatte sechzig endlose Minuten.

Bis endlich, geboren aus grenzenloser, unglücklicher Verzweiflung und Angst vor Wahnsinn, ein dumpfer, hohler Schrei die Stille zergellte: „Juwel Mann!“

In jener Nacht haben wir zwölf uns versprochen, nie wieder zu töten. Haben geschworen. Hund dem Krieg!

Und heute? — Vier von ihnen sind bis 1918 noch gefallen. Von den anderen sieben aber, von allen sieben weiß ich, daß sie jene Nacht verrotten haben. Beim Stahlhelm habe ich sie wiedergefunden oder beim Wehrwoll, von nationalen Belangen schweben sie, wenn man sie an die Wachen vor Verdun erinnert, und ihre Söhne schänden mit schwarzweißroten Fahnen die Idee „Jugend“.

Alles, alles ist in acht Jahren wieder vergessen worden. Es ist so hoffnungslos. Man muß den Glauben an die Menschheit verlieren.

Es ist sinnlos, anzukämpfen gegen die Dummheit und Gemeinheit der Menschen, unentzerrbar taumeln wir einem neuen Krieg entgegen. Wozu die notwendige Entwicklung aushalten wollen. Ich führe keinen aussichtslosen Kampf mehr.

Wieder laßst ich aber und trennend das Schwitzen zwischen den vier Menschen. Dann erblühte ein anderer:

Mein erstes Erlebnis im Krieg war: Beim Kampf um ein belgisches Dorf. Wir hatten es gestürmt, wurden wieder zurückgeworfen, stürzten zum zweitenmal. Alles bis dahin war geschehen wie im tiefen Traum. Und plötzlich, ganz plötzlich bewußt geworden, klar und nüchtern sehe ich, wie

Kamerad Schröder von meiner Kompanie einen Belgier das Bajonet durch den Leib stößt. Der Belgier wirft die Arme nach oben, blühschnell, als wollte er eine Turnübung ergötzt, vorchriftsmäßig ausführen, schreit spitz auf und fällt nach rückwärts um, das Gewehr ragte, hin- und herhinstand, aus dem durchbohrten Leib senkrecht ein Himmel, wie ein Gebet zu Gott. Schröder packt das Gewehr wieder, und zieht und bohrt und zerrt, und der Belgier kreischt vor Qual, kreischt und schüttelt rasend geschwind mit dem Kopf und schreit —

„Halt die Schnauze, du Schwein!“ blüht Schröder ihn an und tritt mit dem Stiefel auf den gemarterten Leib und zerrt — das Gewehr gibt plötzlich nach, Schröder stürzt rückwärts, in der eine Blutfontäne aus dem Belgier hochspritzt —

Am Abend traf ich Schröder wieder, im Quartier. Mit wehmütig-lyrisch verdrehten Augen schwebte er in dem schönen Lied: „Nach der Heimat möcht' ich wieder.“ — Daher der Name „Deutsches Gemüt“. Pfl! —

Und mein letztes Kriegserlebnis an der Front:

Wir hatten beim Regiment einen Meldehund. Trell hieß der arme Kerl. dessen Aufgabe bestand darin, Nachrichten durch Feuerzonen zu bringen, durch die kein Mensch lebend durchgekommen wäre. Für diese Mühsale bei der Verteidigung der deutschen Kultur und anderer höchster Güter der Nation erhielt er täglich zwei Portionen Fressen und zehn Portionen Prigel. Die Prigel übrigens regelmäßiger als das Fressen.

Manchmal habe ich ihm das Stück Raugummi gegeben, das, wir unter Bezeichnung „Gutwurtl“ als Abendbrot erhielten. Oder ich streichelte sein verwahrlohtes Fell und sprach ein paar Worte mit ihm. —

August achtzehn lag ich mit einem Lungenentzündung im Schlamm von Flandern. Als ich wieder einmal aus einer Ohnmacht zu Bewußtsein komme, da liegt neben mir, eng angeschmiegt, mein Trell und leckt ganz zart und behutsam meine Hand. . . Was ich aber zwischen diesen beiden Erlebnissen an ungeheuren Grauen gesehen und erlitten habe, oh!, das genügt vollstündig, meinen

„Glauben an die Menschheit“ beachtlich zu beschädigen.

Diese Menschheit fühlt sich ja anscheinend nicht wohl, wenn sie nicht lügen, rauben und mordeten kann. Also gönnt ihr das Vergnügen!

„Ja“, sagte nach einer Weile der Dritte, „der Mensch hat verrotten. Er ist sein Schicksal wert. Es gibt nichts, was all das Bittere ausgleichen könnte, was wir an Enttäuschungen in und nach dem Kriege erleben. Es gibt keine Rechtfertigung der Menschheit.“

„Doch!“ antwortete der Jüngste der vier Freunde.

„Worte vielleicht, Phrasen, Illusionen, Hoffnungen, Wünsche. Aber keine Tatsachen.“

„Doch!“ Ich habe einen Jungen, der ist mir mehr wert als alles.

Wenn ich die Augen schließe, sehe ich ihn deutlich vor mir:

Der herbe, gertenschlanke Körper, ein eigenwilliges und doch harmonisches Profil des Gesichts. Tiefe, traurige Augen, die klar und gut sind. Sein frohes Lachen, das so manchmal meine Sorgen und Müdigkeiten verschluckte. Das dunkle, widerpenige Haar, das er jeden Morgen vergeblich zu jähenem verfuhr. —

Und nun sich vorstellen: Mein Junge läge einmal in einem Drahtverhau mit zerfahren Eingeweiden und scharie um Hülfe, Stunden, Tage, Nächte in unerträglichem Qual — mein Junge. —

Über er läme zurück zu mir als Krüppel, mit entstelltem, geschändetem Gesicht, mit zerbrochenen Augen — und bis ans Ende meines Lebens wäre neben mir der Vorwurf der leeren Augenhöhlen: „Du hast mich lieb gehabt? Und was hast du getan, damit mir dieses erspart bliebe?“

Ich brächte dann nicht den nötigen Jynismus auf, meinem Jungen zu antworten: „Bedauere dich, aber ich mußte seinerzeit den Glauben an die Menschheit verlieren und wollte die notwendige Entwicklung nicht aufhalten. Du bist dein Schicksal wert.“ — Ich brächte diesen Jynismus nicht auf.

Stuno Vogel.

Der Vorbereitungsausschuss der internationalen Wirtschaftskonferenz ist am 15. November in Genf zusammengetreten. Den Vorsitz führt der Belgier Theunis. Zuerst sprach der Vorsitzende der internationalen Handelskammer Sir Arthur Balfour, sodann der Vertreter der Arbeiterschaft Genosse J. O. H. A. Z. Dieser führte aus, daß sich die Konferenz vom Arbeiterstandpunkt vornehmlich mit folgenden Problemen befassen müsse: 1. Mit der Stabilisierung der Währungen, der Löhne und der Preise, 2. mit der Beseitigung aller hoher Schutzzölle, 3. mit der Beaufsichtigung der internationalen Industriearbeiterschaft zur Wahrung der Interessen der Konsumenten, 4. mit der Regelung der mit der Ein- und Auswanderung zusammenhängenden Fragen, 5. mit der Errichtung einer permanenten internationalen Wirtschaftsorganisation, ähnlich dem internationalen Arbeitsrat.

Ein europäisches Aluminiumsyndikat. Seit längerer Zeit wird in Berlin über den Abschluß eines Syndikates der europäischen Aluminiumproduzenten verhandelt. Die Verhandlungen sind nun abgeschlossen, der Verkauf von Aluminium wird durch ein Syndikat erfolgen, das seinen Sitz in Neudamm in der Schweiz haben wird.

Frauenorganisationsausschüsse der tschechischen Genossenschaften. Wie das „Prava Lidu“ mitteilt, wurde auf dem Verbandstag der tschechisch-slowakischen Genossenschaften in Pilsen beschlossen, in allen Bezirken beziehungsweise Konsumentenorganisationen Ausschüsse weiblicher Genossenschafter zu bilden, deren Aufgabe die Werbung für die Genossenschaften ist.

Proger Produktbörse. (Offizieller Bericht vom 16. November.) Die Tendenz des Getreidemarktes gestaltete sich heute flauer, namentlich wegen des hinreichenden Angebotes der Ware, die nach dem eben begonnenen Ausbruch in hinreichender Menge auf den Markt kommt. Die flauere Tendenz drückte sich im Verlaufe der Börse namentlich beim Preise der Gerste und des Hafers aus, die ca. 2 K billiger gehandelt wurden. Weizen und Roggen behaupteten mit Mühe ihre Preise, obwohl auch ihre Tendenz flauer wurde. Demgegenüber zeigte sich am Weizenmarkt bei einigen Replorten eine Neigung zur Befestigung. Mais blieb unverändert. In Futterartikeln sind keine bedeutenden Preisveränderungen zu verzeichnen. Eine festere Befestigung herrschte für Heu und Stroh dagegen blieb unverändert. In den übrigen Geschäftszweigen waren noch besonders Kartoffeln flau, die ebenfalls im Preise sanken. Auch Fett, sowohl amerikanisches als auch ungarisches, verbilligte sich etwas. Auf dem Kolonialmarkt herrschte allgemein Ruhe ohne bedeutendere Kursveränderungen. Die Börse war zahlreich besucht und das Geschäft bewegte sich in den üblichen Grenzen. — Es notierten in K: Böhmer Weizen, Prag 230—235, böhm. Roggen, Prag 206—208, Prima Gerste, Prag 175—180, Weizenmehl, Prag 165—170, böhm. Mehl, Prag 128—142, Mais jugoslawischer, Bratislava 126, Mais rumänischer, Heinstörzig, Oberberg 123, Mais Cinquintino, Oberberg 126, Mais de Plata, Teichen 138 (unverzollt), Weizenmehl 0/0 405—415, Weizenmehl 0 367—377, Weizenbrotmehl Nr. 4 240—250, ungar. Patentmehl, Szob 410—415, amer. Patentmehl, Teichen 410—420, Weizen Grieß 415—425, Reis, Burma II, Teichen 300—308, Reis, Arzac, Teichen 330—350, Reis, Roumain, Teichen 385—400, Bruchweizen, Teichen 290—295, Hirse 285—305, Graupen 270—300, Erbsen, neue 450—500, Erbsen, gelbe 350—400, Erbsen, Victoria 500—550, Pinien 400—600, Weizenbohnen 168—180, Pflanzkörner 220—240, Sommerweizen 160—180, Winterweizen 500—600, Lupine, blau 180, Lupine, gelb 190, Naturroßkaffee 1900—2100, Kaffee, Monblanc 2000—2300, Weiskaffee 1000—1800, Schweizer Kaffee 1200—1600, Bohnenkaffee 800—1000, Zuckerkaffee, französischer 1700—1900, Weiskaffee, weiß 400—500, Timotheenkaffee 300—500, Kaffee, englischer 800—900, Kaffee, französischer 600—700, Kaffee, italienischer 700—800, Kaffee, belgischer 68—75, Industriekaffee, Verlobstation 54—59, Weizenkaffee 98—105, Roggenkaffee 100—104, Rapskuchen 170—175, Weizenkuchen 180—185, Rapsblüte 90—100, Senf, böhm., fauer, ungepöckelt, Prag 68—71, süß, ungepöckelt, Prag 78—80, fauer, gepöckelt, Prag 73—76, süß, gepöckelt, Prag 83—85, Nageleis in Bündeln, ungepöckelt, Prag 46—48, Futterstroh, gepöckelt, Prag 40—42, Futterstroh, ungepöckelt, Prag 35—38, amer. Fett, Teichen 13.20—13.50, ungarisches Fett, Szob 14.20—14.40, Kaffee Rio 25—26, Kaffee Santos 29.50—33.50, Kaffee Cuatrecasas 33.75—35, Kaffee Portoriko 36—40, Tee Soulong 58, Tee Orange Pecco 65, Roßrin 14.50 bis 18.50.

Gerichtssaal.
Nache des obdachlosen Kriegsinvaliden?
Vor dem Dreirichteramt Prag unter dem Vorsitz des L. G. H. A. Z. wurde gestern der 1888 geborene Stefan Petik aus der Untersuchungsanstalt vorgeführt. Petik war beschuldigt, auf einer Wiese des staatlichen Gutes in Jend aus Nache wegen einer Delogierung einen Heuschaber in Brand gesetzt und dadurch Ursache zu einem Brande von 500 im Werte K 19.250 — geochen zu haben, welche Summe dem staatlichen Gutes durch die Feuerversicherungs-Gesellschaft „Slavia“ bereits vergütet wurde. Petik, ein Kriegsinvalider, erklärte sich für nicht schuldig, er sei wohl in der Nähe des brennenden Schabers gewesen und wäre wohl wegen seiner Delogierung schwer vom Schicksal getroffen worden, den Brand hätte er aber nicht verurteilt. Die drei ehrenwerten Jurgen, der Feldwarter und zwei Feldarbeiter, gaben drei verschiedenen Aussagen ab. Der erste hatte den Invaliden vom Heuschaber „laufen“ gesehen, der zweite behauptete, daß er nur in „gewöhnlichem“ Schritte vorübergehe. Nachdem der ganze Zeugenapparat aufmarschiert, verurteilt worden und die Verhandlung zu Ende geführt war, kam der Senat zur Überzeugung, daß der ganze Fall als „Brandstiftung“ vor die Geschworenen gehöre. Der Mann wurde also wieder in die Untersuchungsanstalt abgeführt und kann jetzt dort warten, bis der „Amtstag“ seinen Akt vor die Geschworenen bringt.

Gefelle und Meister in einer Person. Franz Kraml, 27 Jahre alt, teilte der Bezirkskrankenkassa in Koflan mit, daß sein kürzlich angemeldeter Schuhmacher-Gefelle Ferdinand Kraml leider erkrankt sei. Er was später meldete sich „Gefelle“ Ferdinand bei der Krankenkassa und holte sich seine Krankenerstattung, im ganzen K 1200.—. Erst später erfuhr die Krankenkassa, daß ein „Meister Kraml“ gar nicht existiere, sondern daß sie einem Betrüger zum Opfer gefallen war, der sich als „Gefelle Ferdinand“ des „Meisters Franz“ eine Krankenerstattung herausgeschwindelte. Der Angeklagte hatte es vorgezogen, heute lieber nicht persönlich vor dem Dreirichteramt zu erscheinen, sondern nur einen Brief durch seinen Gr-Oso-Vertreter zur Vorlesung bringen zu lassen, daß ihm die Mutter stark das er verspreche, sich seine „Krankheit“, angeblich Tuberkulose, an entsprechenden Stellen heilen zu lassen. Da er bereits ein paar mal wegen ähnlicher Schwindelacten bestraft wurde, verurteilte ihn der Senat unter dem Vorsitz des L. G. H. A. Z. zu vier Monaten schweren Kerker. Die Anklage vertrat Staatsanwalt Dr. Caslavsky.

Kunst und Wissen.
„Die Jüdin“ (Gastspiel Slezak). Slezak sang wieder einmal seinen Kleazar, mit dem er nun in Prag fast jedes Jahr den Beweis erbringt, daß er immer noch der beste Vertreter dieser Partie ist. Zimmer wieder überrollte er durch den bewundernswollen Wohlklang seines Pianos und durch die, wenn auch schon fälschlich als „Klangfarbe“ in den hohen Tönen, die ungeheure Güte seines Organs, der leuchtvolle Vortrag, das überzeugende Spiel und die mühselhaft vorbedachte Eleganz machen seinen Kleazar zu einer unübertrefflichen Leistung. Rinnenslange Beifallsstürme dankten dem Künstler, der als Mensch wie als Sänger so sehr verehrt wird. Die großen Kleazar-Szenen waren in dieser Aufführung übrigens die einzigen ungetriebenen Momente. Jemitsky und Sigmund haben anscheinend Schönheit und Herr Kapellmeister Waigand konnte trotz anerkanntem Wertem Streden nur eine sehr schwache Wiedergabe der Partitur vermitteln. Unstichere Einfüge, schlampige Chöre. Frau Reich-Dörich ließ, wenn man vom letzten Akt absteht, jede Wärme vermissen, Herr Fellner, stimmlich ausgezeichnet disponiert, nimmt nicht einmal Anlauf zu einer auch schaulpielerisch befriedigenden Leistung, Fräulein Kwarzin fehlt zur Eudora trotz allen stimmlichen Qualitäten das Format und Herr Horner, dessen Kardinal obachin eine seiner schwächsten Partien ist, hat am Montag ein Tugend Mal verfangen und veran. Wenn man Halbes größere Sorgfalt nicht mehr zu schulden glaubt, dann möge man ihn eben ruhen lassen. L. G.

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters.
Mittwoch, 6 1/2 Uhr, Gastspiel Leo Slezak: „Lohengrin“ — Donnerstag, 7 1/2 Uhr: „Die Frau von Messina“ (13—14). — Freitag, 7 1/2 Uhr: „Jenufa“ (12—13). — Samstag, 7 1/2 Uhr: „Adieu Mim!“ (14—15). — Sonntag, 2 Uhr, Arbeitervorstellung: „Eugen Onegin“; 7 1/2 Uhr: „Der Kaffeebinder“ (15—16). — Montag, 7 1/2 Uhr: „Adieu Mim!“ (16—17).

Spielplan der Kleinen Bühne. Mittwoch Vorstellung des Jüdischen Krankenfürsorgevereins, Gastspiel Leop. Kraml: „Die neuen Herren“ — Donnerstag: „Meine entzückende Frau“ — Freitag Kulturverbandsvorstellung: „14 Tage Arrest“ — Samstag Gastspiel Leop. Kraml, neuinszeniert: „Konzert“ — Sonntag, 8 Uhr: „Meine entzückende Frau“; 7 1/2 Uhr: „Der große Bluff“ — Montag Bankbeamtenvorstellung, Gastspiel Teplý Kódner-Kramer: „Frau Warrens Gewerbe“

Turnen und Sport.

Arbeiter-sport.
Das Verbeschwimmen der Arbeiter-Turner
am 14. November in Teichen erfüllte seinen Zweck nicht. Die Vorführungen der Schwimmer und Schwimmerinnen besaßen zwar die nötige werbende Kraft, doch schloß es an den Zuschauern, die für den Schwimm-sport gewonnen werden sollten. Die Darbietungen der 60 Schwimmer und Schwimmerinnen wurden von ungefähr 60 Zuschauern aufmerksam verfolgt. Nach einigen einleitenden Worten des Bezirks-Schwimmwartes Gen. A. Rejzner, der über den Sinn der Arbeiter-Sportbewegung sprach, zeigten sämtliche Schwimmer und Schwimmerinnen Sprünge und Wassererhöhungs-Übungen, wobei auch die Kleinen nicht fehlten. Ein Zeichen, daß man in früher Jugend das Schwimmen erlernen kann. Darauf folgten die Wettkämpfe, an denen auch Aufsteiger und Teplýer Genossen teilnahmen.

Resultate:
Bahnlänge 106 Meter. Schüler-schwimmen. 40 Meter Brust.

1. Streit Karl (Teichen) 56.2 Sek., 2. Kammel Billy (Teichen) 57.2 Sek., 3. Starek (Teichen) 57.6 Sek., 4. Phillip Ray (Teichen), 5. Freisch A. (Bodenbach), 6. Ulbrich Karl (Teichen).

Turner-Stafette 4 mal 40 Meter Brust.
1. Teplý 2 Min. 48.6 Sek., 2. Auffig 2 Min. 53.2 Sek., 3. Teichen-Bodenbach 1. 3 Min. 0.4 Sek., 4. Teichen-Bodenbach 2. 3 Min. 10 Sek.

Turnerinnen-Stafette 4 mal 20 Meter Brust.
1. Bodenbach-Teichen 1 Min. 16.2 Sek., 2. Teplý 1 Min. 25 Sekunden.

Erschlingschwimmen für Turnerinnen.
40 Meter Brust.

1. Piele Irma (Teichen) 1 Min. 0.8 Sek., 2. König Frieda (Teichen) 1 Min. 2 Sek., 3. Phillip Gilda (Teichen) 1 Min. 4.8 Sek., 4. Rejzner Elna (Teichen) 1 Min. 8 Sek.

Schüler-Stafette 4 mal 20 Meter.
1. Teichen 1 Min. 19.1 Sek., 2. Bodenbach 1 Min. 34.3 Sek.

Echlingschwimmen Turner 60 Meter Brust.
1. Kreibich Horst (Ulgersdorf-Bodenbach) 1 Min. 16.1 Sek., 2. Richter Ray (Viela), 3. Worsfeld Ernst (Toplowitz).

60 Meter Brust für Turnerinnen.
1. Fieber Elna (Teichen) 1 Minute 56 Sekunden.

106 Meter Brust für Turner.
1. Wader Rudolf (Bodenbach) 1 Min. 58 Sek., 2. Berndt Franz (Teplý) 2 Min. 2 Sek.

Jugend.
1. Worsfeld Arnold (Toplowitz) 2 Min. 11 Sek.
Freistilschwimmen für Turner 60 Meter.
1. Berndt Franz (Teplý) 57 Sek., 2. Wobanka Otto (Teplý) 1 Min. 0.3 Sek., 3. Wader Rudolf (Bodenbach) 1 Min. 4.5 Sek.

Jugend 60 Meter Freistil.
1. Wader Rudolf (Teplý) 1 Min. 4.8 Sek., 2. Klejwetter Adolf (Auffig) 1 Min. 6.4 Sek., 3. Schmidt Karl (Auffig) 1 Min. 6.4 Sek., 4. John Julius (Auffig) 1 Min. 9.4 Sek.

Strecken-tauchen.
1. Rudolf Wächter (Auffig) 38 Meter, 43.5 Sek., 2. Arnold Worsfeld (Toplowitz) 30 Meter,

35.2 Sek., 3. Rudolf Röder (Teplý) 28 Meter, 34.1 Sek., 4. Friedrich Fischl (Teichen) 22 Meter, 22.5 Sek., 5. Horst Kreibich (Ulgersdorf) 20 Meter, 28.4 Sek., 6. Göbel (Teichen) 20 Meter, 29 Sekunden.

Resultate des Springens.
1. Turner: 3 Pflicht, 2 Rüsfrünge.
1. Lorenz Willi (Ulgersdorf-Bodenbach) 29 1/2 Punkte, 2. Kreibich Horst (Ulgersdorf-Bodenbach) 29 1/2 Punkte, 3. Bedo Jirant (Teplý) D. 2. 3. 29 1/2 Punkte, 4. Brade (Auffig) 29 1/2 Punkte, 5. Gährsch Ernst (Auffig) 19 1/2 Punkte, 6. Berndt Franz (Teplý) 16 1/2 Punkte, 7. Baumgartner Anton (Auffig) 14 1/2 Punkte, 8. Zieinle Walter (Auffig) 14 Punkte.

2. Jugend: 3 Pflicht, 2 Rüsfrünge.
1. Schuster Franz (Auffig) 29 1/2 Punkte, 2. Winopal Rudolf (Auffig) 18 1/2 Punkte. Außer Konkurrenz Strelt Karl (Teichen, 13 Jahre) Erste mit 31 Punkten.

Springen für Turnerinnen: 2 Pflicht, 1 Rüsfrünge.
1. Wollat Anni (Teplý) 20 Punkte, 2. Kuhn Elna (Teplý) 19 1/2 Punkte, 3. Rejzner Martha (Bodenbach) 16 1/2 Punkte, 4. König Elna (Teichen) 16 Punkte, 5. Seinel Bereta (Teplý) 15 1/2 Punkte.

Schülerinnen.
Erste: Jilitsch Waly (Teichen) 16 Punkte.

Springen für Schüler.
1. Streit Karl (Teichen) 15 1/2 Punkte, 2. Kammel Billy (Teichen) 15 1/2 Punkte, 3. Phillip Ray (Teichen) 12 Punkte, 4. Schüke Rudolf (Teichen) 10 Punkte, 5. Ulbrich Karl (Teichen) 9 1/2 Punkte, 6. Starek (Teichen) 8 Punkte.

Das Wasserballspiel Auffig gegen Bodenbach gewann Auffig mit 2:0. Das Wasserballspiel Teplý gegen eine kombinierte Mannschaft, gewann Teplý nach schönem, wechselvollem Spiel mit 5:2.

Judomattel 1 gegen Weiskirch 1 0:2 (0:0) in Judomattel. Im Fußball entschieden Tore. Dies legt voraus, daß die Stürmer (siehe unten) werden sich man in diesem Spiele, daß die Weiskirchler von dieser Voraussetzung (sicherlich keine Ahnung haben; denn was da verschossen oder ausgelassen wurde, hätte bei einem schußgewaltigen Sturm genügt, eine Trefferzahl zu erreichen, die mancher Verein in einer Saison erzielt. Die Schickslust der Weiskirchler charakterisiert wohl am besten die Tatsache, daß drei Elfmeter verschossen wurden. Es war einfach jämmerlich. Die Judomattler überraschten angenehm, doch zeigten sie gegen Ende der ersten Halbzeit (von Ermüdungserscheinungen. In der ersten Hälfte konnten sie noch einigermaßen das Spiel offen und interessant gestalten, während später, wo Weiskirchlich ständig das Feld beherrschte, Judomattel nur durch Durchbrüche gefährlich wurde. Die zwei Tore fielen in der 16. und 18. Minute der zweiten Halbzeit und wurden sie vom Weiskirchler Sturm und der Judomattler Verteidigung in rein gemeinschaftlicher Weise erzielt. Der schwarze Boden, der durch den vorhergehenden Regen noch unangenehm wurde, beeinträchtigte das Spiel stark. Embreit (sich auch einige Ortspartien) aus beiden Lagern, die sich hervortun wollten, doch nahm niemand Notiz von ihnen. Solche Leute gehören nicht auf einen Sportplatz. Das Spiel verlief in durchaus fairer Weise und geführt hier dem Leiter aus Auffig Anerkennung. — Im Vorpispiel fanden sich die Reservemannschaften der beiden Vereine gegenüber und siegte Weiskirchlich 4:1.

Sozialistische Jugend, Ortsgruppe Prag
Heute, Mittwoch, acht Uhr abends im Heinesaal
Lichtbildervortrag
des Genossen
Josef Bělina (Auffig):
„Das proletarische Belgien“.
Die Parteigenossen und Genossinnen werden zum Besuch des Lichtbildervortrages eingeladen.
Regiebeitrag 3 Kt.

Bürgerlicher Sport.
D. G. Prag (Prag) befindet sich in den letzten Tagen auf einer Tournee in Belgien und Holland. Vergangenen Donnerstag traten die Blauweissen in Brüssel den „Diables rouges“ (rote Teufel), eine Auswahlmannschaft von Belgien, gegenüber und wußten eine immerhin ehrenvolle Niederlage einzustufen. Das Treffen endete 3:2 für die Belgier. Samstag spielten die Prager in Rotterdam gegen den Fußballklub Sparta und gewannen überlegen 5:0. Montag bestritt der D. G. ein Spiel gegen eine Auswahlmannschaft von Antwerpen und blieb auch hier mit 5:2 Sieger.

Bereinsnachrichten.
„Freier Radiobund“, Zweigstelle Prag. Heute Mittwoch Klubabend im Verein deutscher Arbeiter, Prag II, Zwickfagasse 27. Beginn des Neuen Vortragsschluß: „Einführung in die Elektro- und Radiotechnik“. Referent: Genosse Paterno. Fortsetzung des Vortrages, Donnerstagabend.

Literatur.
Krene Koval, Das barocke Prag. Verlag Dobrá, deutsch von Grete Strauchner. Der bekannte Literaturkritiker ergründet hier als ein wunderbar Kenner des alten Prag. Das mit dichterischer Gabe geschriebene Buchlein wird mit seinen prächtigen Bildern jedem Freund des „alten“ Prag ein wertvoller Beistand sein. J. A.
Herausgeber Dr. Ludwig Czech.
Verantwortlicher Redakteur Wilhelm Kiegnert.
Für den Druck verantwortlich: O. Holl.
Druck: Deutsche Verlags-A. G., Prag.

Anglo-Elementar
Versicherungs-Aktiengesellschaft in Wien
Direktion für die tschechoslowakische Republik
empfehlte sich zum Abschluß von Feuer-, Unfall-, Haftpflicht-, Einbruch-, Transport-, Pferde- und Vieh-Versicherungen zu kulantesten Preisen. Vollständigstes Aktienkapital 8 Millionen.
Bargarantiemittel in der Republik über 25 Millionen.
Bureau Reichenberg, Bahnhofstraße Nr. 19.

Allen Genossen u. Genossinnen empfohlen sich zur Herstellung sämtlicher Drucksorten

Nordböhmisches Druck- und Verlags-Anstalt
Gärtner & Co., Bodenbach a. E.
G. m. b. H.
Großbuchdruckerei, Stereotypie, Verlag, Buchbinderei, neueste Satz- und Zugschneiderei mit einer Kapazität von 500.000 Buchstaben, Kollationsmaschinen mit einer Kapazität von 250.000 Zeilen, Fernsprecher Nr. 271, Postfach Nr. 127, 907